

Nr. 1. 13. Jahrgang.

Berlin, 3. Januar 1903.

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1,50.  
Postzeitungsnummer 1707.Redaktion:  
**B. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Verlegung der Generalkommission und Redaktion . . .	1	<b>Hygiene, Arbeiterschutz.</b> Erlasse gegen die Verwendung von Phosphor und Bleiweiß in Belgien . . . . .	14
Rückblick auf das Jahr 1902 . . . . .	1	<b>Gewerbegerichtliches.</b> Proportionalwahlsystem in Karlsruhe. — Wahlen in München, Leipzig-Land, Rudolstadt, Witten und im Ruhrkohlengebiet . . . . .	15
Gesetzgebung und Verwaltung. Fabrikinspektion und Gewerkschaften; — Weibliche Gewerbeaufsicht in Hamburg. — Achtuhrablenschluß in Barmer . . . . .	4	<b>Polizei, Justiz.</b> Ungünstiges Urteil im englischen Laff-Pale-Streit. — Vom Konzeptionszwang der Gewerkschaftshäuser . . . . .	15
Wirtschaftliche Rundschau . . . . .	5	<b>Kartelle, Sekretariate.</b> Errichtung eines Arbeitersekretariats für Leipzig. — Proteste gegen den Krupp-Terrorismus . . . . .	15
Arbeiterbewegung. Aus deutschen Gewerkschaften. — Von den ausländischen Gewerkschaften . . . . .	7	<b>Genossenschaftliches.</b> Genossenschaften und Gewerkschaften in Frankreich . . . . .	15
Kongresse. Der vierte belgische Gewerkschaftskongreß. — Zweiter deutscher Bauarbeiterkongreß . . . . .	8	<b>Anderer Organisationen.</b> Richtigstellung. — Maßregeln gegen den Allgemeinen Gärtnerverein. — Vom „nicht-socialdemokratischen“ Arbeiterpartei in Berlin . . . . .	16
Lohnbewegungen. Ende des Streiks der Seeleute in Marseille. — Der Massenausstand in Koftow . . . . .	10		
Aus Unternehmerkreisen. Organisation der schwedischen Arbeitgeber. — Ein verunglückter Agitationsfeldzug. — Arbeitgebererschutzverband der deutschen Tischlermeister . . . . .	13		

### Verlegung der Generalkommission und Redaktion.

Vom 1. Januar 1903 ab

befindet sich das

Bureau der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

sowie die

Redaktion des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission

in

Berlin SO. 16, Engelufer 15 (Gewerkschaftshaus).

Das „Correspondenzblatt“ erscheint vom 1. Januar 1903 ab regelmäßig **Sonnabends**; es ist von diesem Tage ab in der **Postzeitungsliste** unter der **neuen Nummer 1707** eingetragen.

Nunmehr sind

alle für die **Generalkommission** bestimmten Briefe und Sendungen zu adressieren an **Carl Legien, Berlin SO. 16, Engelufer 15**;alle für die **Generalkommission** und den **Verlag des „Correspondenzblatt“**, sowie **„L'Operaio Italiano“** bestimmten **Geldsendungen** an **H. Kube, Berlin SO. 16, Engelufer 15**;alle für die **Redaktion des „Correspondenzblatt“** bestimmten Briefe und Sendungen an **Paul Umbreit, Berlin SO. 16, Engelufer 15**.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien, Vorsitzender.

### Rückblick auf das Jahr 1902.

Auch das verflossene Jahr 1902 stand im Zeichen der andauernden Wirtschaftskrise. Die Hoffnungen, die am Jahresbeginn an eine süddeutsche Informationsreise des Reichsbank-Präsidenten noch geknüpft wurden, und die in der Prophezeiung eines neuen Aufschwunges gipfelten, verflüchtigten sich nur zu bald und das graue Elend der Stagnation senkte

sich mehr und mehr auf alle Zweige des Wirtschaftslebens. Zu der im Vorjahr schon so schwer getroffenen Elektrizitäts- und Holzindustrie, sowie dem Baugewerbe, gesellte sich im Berichtsjahr bald auch die Kohlenindustrie und die Maschinenindustrie, die sich lange und hartnäckig gegen die Krise gewehrt hatten. Die Hilfsaktion der Eisenbahn-Verwaltungen, die größere Aufträge und Bauten veranlaßte, war nicht groß genug, um den Niedergang aufzuhalten. Dazu

- schaften 445; \* Schuh- und Lederarbeiter 707; Sekretär für Süddeutschland gekündigt 224; Soziale Lehrkurse 820; Streikbruchtattik 461, 708; Terroris-  
muspropaganda 708, 803; „Bermummte“ Gewerkschaftsbewegung 48, 94,\* 110, 144; Wertschätzung der christlichen Gewerkschaften 596; Wie christliche Gewerkschaften gemacht werden 320.
- Deutsche (Hirsch-Dunderjche) Gewerkvereine: Arbeitslosenzählungen 272; Ausschluß von Erkelenz-Düsseldorf 819; Gewerkvereins-Jdhl 352; Hausbesitzergewerkschaften 836; Selbstkritik 579; Sittliche Enttäuschung 367,\* 384; Stärke und Leistungen im Jahre 1902 366;\* Stellung zum Nichtsozialdem. Arbeiterkongreß 676; Streikbrechertaten 400, 563.
- Eisenbahner, Eine Entgleisung der kaiserlichen, 320.  
Färberorganisation am Niederrhein 612.  
Free Labour-Union in England 784.
- Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften: Arbeitersekretariate im Spiegel der „Einigkeit“ 448; Gewerkschaftszersplitterer ohne Feigenblatt 79;\* Klassenjustiz-Klassenverrat 735,\* 775; — Kongreß zu Berlin 564, 643;\* Verantwortl. und unverantwortl. Redaktion der „Einigkeit“ 96.
- Gärtnerverein, Streikkonflikte im Allg. deutsch., 16.  
Katholische Gewerkschaften: Centralbureau f. Arbeitervertretung 176; — Lehrkurse 820; Neue Gewerkschaftsgründungen 109.
- Klerikale Arbeiterpolitik 465.  
Kongreß der „besseren Deutschen“, Rom, 721,\* 732,\* 755, 803.
- Nichtsozialdemokratischer Arbeiterkongreß 579, 612, 676, 708.
- Nichtsozialdemokratisches Arbeiterkartell in Berlin 16.  
Oesterreichs, Verband deutscher Arbeitervereine 16.  
Regionaler Gewerkschaften in Spanien, Kongreß der, 432.
- Mitteilungen.**
- Adressenverzeichnisse betr. 64, 96, 432.  
Adressenverzeichnisse der Agitationskommissionen 112, 464; Arbeitersekretariate 112, 464; Centralverbände 111, 463; Generalkommission 111, 463; Gewerkschaftskartelle 125, 477; Landescentralen 111, 463.
- Adressen der Gewerkschaften in Dänemark 206, in Italien 724; in Nordamerika 737; in Norwegen: 208; in Schweden 208.
- Aufrufe betr. Arbeitslosenzählungen 80, 96, 772.  
Aufrufe betr. Aussperrung in Nerlohn 368; Generalstreik in Holland 240,\* 256; Textilarbeiterkampf in Grimnitzschau 579, 724, 804;\* Unterstützung der Statistik der Brauer 48.
- Bauarbeiterchutz, Literatur betr., 580.  
Beiträge zur Generalkommission betr. 580.  
Berliner Arbeitervertreter-Verein 580.  
Brotschüre über Gewerkschaftskartelle betr. 352, 384, 448.  
Centralarbeitersekretariat betr. 208.\*  
Correspondenzblätter vergriffen 64, 80, 96, 368.  
Deutsche Arbeitervereine in Brüssel 206, Kopenhagen 64.  
Differenzen zwischen Brauern und Transportarbeitern betr. 110.  
Expedition des Correspondenzblattes betr. 144, 160, 532, 836, 844.
- Heimarbeiterschutzkongreßes, Einberufung eines allg. deutschen 821.  
Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer betr. 512, 586.  
Lettische Literatur betr. 512.  
Literatur-Verzeichnis betr. 836.  
Monatsquittungen der Generalkommission 80, 96, 160, 256, 304, 384, 463, 532, 612, 736, 803.  
Quittung über Sammlung für den holländischen Generalstreik 304, 384.  
Quittung über Sammlung für deutsche Aussperrungen 384.  
Sekretärstelle für Oberschlesien betr. 192.  
Statistik der Gewerkschaftskartelle betr. 111, 160; der Arbeitersekretariate 96, 160.  
Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten: betr. Abrechnungen 352, 462, 724; Mitglieder-Anmeldungen 272, 304, 320, 368, 400, 416, 432, 462, 496, 532, 564, 580, 596, 644, 660, 692, 756, 788, 820.
- Verlegung der Generalkommission und Redaktion des Correspondenz-Blattes 1, 17, 33, 49, 65.

bare Fortschritte nicht hoffen; ihr nächstes Streben mußte die Erhaltung des gegenwärtigen Mitgliederstandes sein. Das ist ihr auch völlig gelungen; war der Rückgang schon während des Ansturms im ersten Krisenjahre ganz unerheblich, so dürfte im Berichtsjahre nach den übersehbareren Erfahrungen ein weiterer Rückgang kaum zu verzeichnen sein. Manche Organisationen haben im Gegenteil ihre vorjährigen Verluste wieder ausgeglichen und andere berichten über weitere Zunahmen, so daß die Abnahme in einzelnen kleineren, von der Krisis besonders heimgesuchten Vereinen kaum schwer ins Gewicht fällt, sondern durch die Zunahmen mehr als aufgewogen werden dürfte. In- des müssen erst die Winterquartal-Ziffern vorliegen, ehe man sich ein zuverlässiges Bild der gewerkschaftlichen Entwicklung machen kann. Die finanzielle Entwicklung der Gewerkschaften dürfte jedoch trotz ansehnlich gesteigerter Einnahmen durch die hohen Arbeitslosigkeits-Ausgaben ungünstig beeinflusst sein. Zum Glück bürgt das Klassenbewußtsein der organisierten Arbeiterschaft, ihr wachsendes Vertrauen auf die gewerkschaftliche Organisation dafür, daß alle Verluste in wenigen Jahren mehr als ausgeglichen werden.

Das bedeutendste Ereignis auf gewerkschaftlichem Gebiete war im vergangenen Jahre der vierte deutsche Gewerkschafts-Kongress und mit ihm die internationale Gewerkschafts-Konferenz, die wirksamer als alle früheren internationalen Kongresse die Internationalität der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bethätigte. Der Kongress erledigte eine Fülle gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Fragen von hoher Wichtigkeit. Sein bestes Werk war die Gründung eines Central-Arbeitersekretariats, daß in diesen Tagen seine Thätigkeit aufnehmen und hoffentlich Tausenden von Arbeitern, die um ihre gesetzlichen Ansprüche kämpfen müssen, zum Segen gereichen wird. Die auf diesem Kongress beschlossene Verlegung der Generalkommission nach Berlin wird an der bisherigen Wirksamkeit dieser Körperschaft nichts ändern; sie war das Produkt reiner Zweckmäßigkeits-Erwägungen und den Zwecken und Interessen der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung wird die Centrale der deutschen Gewerkschaften auch in Zukunft dienen. In ihr letztes Thätigkeitsjahr fallen zwei wichtige Neuerungen auf statistischem Gebiete, die Einführung regelmäßiger Jahresstatistiken der Gewerkschaftstabelle und Arbeitersekretariate. Das kommende Jahr wird ihr die neue Aufgabe des statistischen Jahrbuches der deutschen Gewerkschaften stellen, das ein Zeugnis der Leistungsfähigkeit unserer Bewegung, vor allem aber ein wichtiges Hilfsmittel im täglichen Wirken derselben sein wird.

Die Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften, ihre finanzielle Gebahrung, ihr statistisches Wirken flößen nicht allein der bürgerlichen Gesellschaft Achtung ein, sie wirken auch aneifernd auf die Gewerkschaften anderer Staaten, deren Vertreter auf dem Stuttgarter Gewerkschafts-Kongresse Gelegenheit zu eingehenden Studien geboten war und die den Niederschlag ihrer Erfahrungen bereits in den Beschlüssen der internationalen Konferenz der Landessekretäre zum Ausdruck brachten. Zwei greifbare Nußwirkungen dieses deutschen Beispiels haben wir bereits am Jahres-Schlusse zu verzeichnen, die österreichische Gewerkschafts-Statistik nach deutschem Muster, sowie der engere Zusammenschluß der Gewerkschaften und die Gründung einer gewerkschaftlichen Landescentrale in Italien. Besonders der letztere Erfolg muß jedem mit Genugthuung erfüllen, der die Schwierigkeiten einer dauernden und leistungsfähigen Organisation in romanischen Ländern kennt. Italien, das Land des Massenelends und der Massenaufstände, die schöne traurige Heimat

der zahlreichen Fürstenattentäter, nach polizeilicher Legende ein wahrer Herd der Anarchistenzüchtung, wird bald allen übrigen romanischen Ländern ein Muster kraftvoller gewerkschaftlicher Thätigkeit sein.

Den deutschen Gewerkschaften brachte das verfllossene Jahr zwei Anerkennungen, die ebenso leicht über- als unterschätzt werden. Die Vertretung der Reichsregierung auf dem Stuttgarter Gewerkschafts-Kongresse war nichts anderes, als der Ausdruck des Zugeständnisses, daß die deutschen Gewerkschaften sowohl eine legitime Vertretung der Arbeiterklasse, als auch ein bedeutender Faktor der öffentlichen Meinung des socialpolitischen Lebens sind, dessen Urteil bei allen Arbeiterfragen nicht zu entbehren ist. Soweit diese Anerkennung den Gewerkschaften von den Staatslenkern bisher vorenthalten wurde, bedeutet sie allerdings einen Meinungswechsel der Regierung. Von einem Systemwechsel in Bezug auf die Behandlung der Gewerkschaften zu reden, wäre indeß verfrüht, da jeder geringste Beweis hierfür durch die Last der Gegenbeispiele erdrückt wird. Die gewerkschaftsfeindliche Tendenz der Regierungskreise besteht nach wie vor; sie kommt zur Geltung in tausend polizeilichen Nadelstichen, mit denen die Gewerkschaften fortgesetzt systematisch beunruhigt werden, in den ministeriell organisierten Justiz-Aktionen, die das Koalitionsrecht der Arbeiter zu Schanden zu machen drohen, in der Haltung des Staats selbst als Arbeitgeber und schließlich in der Art und Weise, wie die Krupp-Episode gegen die Arbeiterbewegung ausgebeutet wurde. Was will dagegen das geringe Zugeständnis bedeuten, daß man den Gewerkschaften gestattet, zur Statistik des Arbeitsmarktes beizutragen? Das beweist doch lediglich, daß man sie nicht entbehren kann. Dagegen werden sie von der wichtigsten Statistik der Streiks systematisch ferngehalten, um diese Statistik um so tendenziöser gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter auszugestalten, und im Arbeitsstatistischen Amt wird ihnen keine Vertretung eingeräumt. Das Zolltarifgesetz ist zum Schaden der Arbeiterklasse angenommen worden, ohne ein einziges Gutachten einer der beteiligten Gewerkschaften einzuholen, obwohl von der Entscheidung einzelner Zollfragen das Wohl und Wehe ganzer Arbeiterberufe abhängig war. Und weshalb verweigert man den Gewerkschaften den für ihre Existenz unerläßlichen Schutz ihres Koalitions- und Streikrechts gegen behördliche und richterliche Eingriffe, weshalb erschwert man ihnen die korporativen Rechte, die Arbeitgeber-Organisationen so leicht gewährt werden? Und wo liegt die Anerkennung des Gewerkschaftsprinzips etwa in der Behandlung der Landarbeiter, deren beste Elemente durch die Unterdrückung jeder legalen Organisation systematisch zur Landflucht getrieben werden? — Die Gewerkschaften haben keine Ursache, allzu vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken und sich der Sorge der Staatslenker zu überlassen. Sie werden stets nur diejenige Anerkennung finden, die sie sich erkämpfen, sie werden sich wie bisher auf ihre eigene Macht verlassen, auf die Kräfte der klassenbewußten Arbeiterschaft stützen müssen, um das, was ihnen notwendig ist, zu erhalten, und um ihre Ervingenschaften zu verteidigen. Was sie bisher erreicht, ist nicht einem Liebeswerben um höhere Gunst, sondern zielbewußter Organisation der Arbeitermassen zu danken; — auf dieser gesunden Basis ruhen auch ihre Zukunftserfolge.

In der Sozialpolitik war das verfllossene Jahr ein solches mittelmäßiger Ernte. Es begann mit dem Inkrafttreten des neuen Gewerbegerichts-Gesetzes, dessen günstige Wirkungen durch einen später zurückgezogenen Erlass des preussischen Ministers zerstückelt zu werden drohten. Die fakultative Vorschrift der Einführung des Proportional-Wahlrechts

kam ein Faktor, der im vorigen Jahre entlastend gewirkt hatte, diesmal aber den europäischen Markt doppelt belastete, die amerikanische Konkurrenz. Die Vereinigten Staaten standen im Jahre 1901 und in der ersten Hälfte des Jahres 1902 noch in der vollsten Blüte industrieller Tätigkeit; sie verbrauchten mehr als sie schaffen konnten und zogen daher einen Teil der europäischen Mehrproduktion an, so daß manche Industrie Deutschlands sich eines gesteigerten Exports sowohl nach Amerika, als auch nach den Ländern, die am Export nach Amerika teilnahmen, erfreuen durften. Das wurde anders, als auch in Nordamerika der Rückschlag eintrat, und die dortige Industrie einen Abfluß nach dem europäischen Markt suchte. Selbst stark kartellierte Industrien, wie der Kohlenbergbau, mußten nun unter diesem Ansturm mit ihren Preisen weichen und Massenentlassungen von Arbeitern nahmen in unheimlichem Maße zu. Nur in der Textilindustrie und im Baugewerbe größerer Städte zeigte sich ein vorübergehender Aufschwung, der den Arbeitern derselben eine Reihe erfolgreicher Lohnbewegungen ermöglichte. Im übrigen war die Depression in den meisten Gewerben derart vorherrschend, daß es den Arbeitern äußerst schwer wurde, ihre alten Lohnsätze aufrecht zu erhalten. Die Arbeitslöhne weisen eine sinkende Linie auf, am meisten die der ungelernten Arbeiter, auf denen der Druck der gesamten Reservearmee während der Sommermonate genügt kaum, um die Schulden aus der winterlichen Periode abzuführen und zeitiger als in früheren Jahren machte der harte Winter der Arbeitslosigkeit zahlreicher Gewerbe ein Ende. Die Arbeitslosigkeit nahm wieder einen erschreckend hohen Umfang an und zwang die gesamte öffentliche Meinung zu einer Stellungnahme.

So standen alle Kreise des Gesellschaftslebens, Reich, Staat, Gemeinden, Industrie, Gerichte, Presse, unter dem Einflusse der Arbeitslosigkeit. Vor allem aber galt dies natürlich für die Gewerkschaften, denen nicht bloß die nächsten Hilfsaktionen für die Arbeitslosen zufielen, sondern die auch durch die Arbeitslosigkeit begleitenden Druck des Unternehmertums auf die Arbeitsbedingungen der Arbeitenden nach Möglichkeit zu entlasten suchen mußten. Und wir können wohl sagen, daß die deutschen Gewerkschaften den auf sie hereinströmenden Gewalten standhielten und wacker ihre Pflicht erfüllt haben. Mußten sie in der vorigen Krisis alles aufbieten, um zunächst die eigene Existenz zu sichern, und dem Massenverlust von Mitgliedern entgegenwirken, so konnten sie diesmal, nachdem sie während des Aufschwunges die Organisation gut fundiert hatten, sofort thätig für die Arbeitslosen eintreten. Und sie haben nicht nur einen namhaften Teil ihrer Verbandssfonds für die Arbeitslosen geopfert, sondern sich auch außerdem zum Teil ganz erhebliche Steuern auferlegt, um den an sie herantretenden Ansprüchen zu genügen. Selbst solche Gewerkschaften, deren Statut keine Arbeitslosenunterstützung vorsieht, haben Tausende von Mark für Notfall-, Maßregelungs- u. a. Unterstützungen bewilligt, und Zehntausenden von Arbeitslosen ist durch ihre Unterstützungen geholfen worden. Nahezu alle Gewerkschaften aber, die noch nicht im Besitze einer statutarisch geregelten Arbeitslosenunterstützung sind, haben im verfloßenen Jahre zu dieser Frage Stellung genommen. Die Meinungsverschiedenheiten über die tatsächliche Bedeutung dieses Unterstützungswezens haben sich mehr als je geklärt, und wenn die Arbeitslosenunterstützung in mehreren Gewerkschaften (Dachdecker, Schuhmacher, Fabrikarbeiter) abgelehnt wurde, so kann man dies als ein endgültiges Votum nicht betrachten, da die betreffenden Beschlüsse unter dem Eindruck der Schwierigkeit einer Beitragserhöhung in-

mittlen der Krisis zu stande kamen. Man wird diese Ablehnungen vielmehr den Vertagungs-Beschlüssen einiger anderer Gewerkschaften gleich zu stellen haben (Gastwirtsgehilfen, Fleischer, Textilarbeiter, Bergarbeiter, Steinarbeiter, Schneider). Dagegen muß es mit Genugthuung begrüßt werden, daß 6 Organisationen im Jahre 1902 die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen haben (Maschinisten, Lederarbeiter, Holzarbeiter, Wöttcher, Bau- und Gartner), sodaß gegenwärtig diese Einrichtung statutarisch für 27 Organisationen besteht, die aber die größte Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder umfassen. Diese Entwicklung wird sich zweifellos in den nächsten Jahren fortsetzen und der Zeitpunkt dürfte nicht mehr ferne sein, an welchem jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in seiner Organisation gegen die drückenderen Folgen der Arbeitslosigkeit gesichert ist.

In gleichem Maße, als die Gewerkschaften sich an den Aktionen zur Linderung der Arbeitslosennot beteiligten, erwachte aber auch ihr Interesse an einer gesetzlichen Regelung der Arbeitslosigkeitslasten, die sie bisher fast allein tragen mußten, ohne einen wesentlichen Einfluß auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit entwickeln zu können. Dieser Einfluß liegt vielmehr bei den Unternehmern und bei den großen öffentlichen Arbeitgebern, die zugleich die Hauptschuld an dem die Arbeiterklasse drückenden Elend tragen, ohne an den Kosten der Unterstützung teilzunehmen.

Die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung war neben der Zollfrage zweifellos die wichtigste Frage während des ganzen Jahres. Aber während der kapitalistische Staat für die Klagen der Kapitalisten in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft eine offene und wohlgefüllte Hand zeigte, und die bürgerliche Reichstagsmehrheit ihnen den Zolltarif schließlich gewaltsam, unter schonungsloser Niedertrötung der Rechte der Minderheit, als Beute sicherte, blieb es bezüglich der Arbeitslosenversicherung bei einer wohlmeinenden Resolution des Reichstags und einem: „nen Ohr der Regierung, die sich als sozialpolitisch“ - Wahnbrecherin fühlt, weil sie der Frage der Arbeitslosenversicherung eine wohlgeniegteste Untersuchung widmet. Was ist ihre Haltung anders als die Rücksichtnahme auf eine Massenstimmung, die die bevorstehenden Reichstagswahlen für sie nachteilig beeinflussen kann? Die deutschen Gewerkschaften haben aber nicht bloß diese Frage in Fluß gebracht, damit Regierungen, Parteien und Politiker sich über die Lösung des Arbeitslosigkeits-Problems die wohlmeinenden Köpfe zerbrechen, sondern sie haben auch klar und deutlich gesagt, daß die Arbeitslosenversicherung in gewerkschaftlicher Verwaltung bleiben müsse, und die staatliche Aktion sich darauf zu beschränken habe, den Gewerkschaften einen Teil der im öffentlichen Interesse aufgewendeten Summen zu ersetzen, sowie Arbeitsnachweise für die Arbeitslosen zu schaffen. Diese klare Forderung ist freilich allen denen un bequem, die die Arbeitslosenunterstützung als ein Mittel zur Bekämpfung oder Isolierung der Gewerkschaften fördern möchten, und da für die Arbeiter die gewerkschaftliche Verwaltung das Entscheidende bei der ganzen Reform bildet und bilden muß, so wird vermutlich bei den ganzen Untersuchungen wenig oder gar nichts herauskommen, denn die Parole der herrschenden Gesellschaft lautet eben: den besitzenden Massen alles, den Arbeitern nichts. Wer da hat, dem wird doppelt gegeben, wer wenig hat und Hunger leidet, dem wird auch das Letzte genommen und das Hungerleiden verschärft und verewigt.

Die Gewerkschaftsbewegung konnte während der Krisis auf zahlenmäßig erkenn-

hat nur in wenigen Städten Erfolg gehabt. Auch die vielbekämpfte Vorschrift des Vorladungszwanges kann von nennenswerten Erfahrungen nicht berichten. Dagegen steht die Schaffung kaufmännischer Schiedsgerichte in Angliederung an die Gewerbegerichte in Aussicht, da der Bundesrat in einem bezüglichen Entwurf bereits zugestimmt haben soll. Die im Jahre 1902 nach unendlichen Erwartungen erledigte Seemannsnovelle samt den zugehörigen Nebengesetzen war von so reaktionärem Geiste erfüllt, daß die seemannische Bevölkerung öffentlich gegen diesen Schutz der Aberei-Interessen Protest erhob. Im übrigen wird das große Gebiet des Arbeiterschutzes nur durch einige Bundesrats-Verordnungen zum Schutze der Steinarbeiter, Glasarbeiter, Gastwirtschafts-Angestellten und Gummi-Arbeiter sowie Verbesserungen des Schutzes der Arbeiter der Tierhaar-Industrie und der Walz- und Hammerwerke repräsentiert. Unfertig ließ das scheidende Jahr das Verbot der Phosphorzündholz-Fabrikation sowie das Kinderschutz-Gesetz zurück, letzteres in einer Gestalt, die zu weitgehenden Hoffnungen nicht berechtigt. Auch bei der beabsichtigten Revision der Schutzbestimmungen für Arbeiter in bleiischen Industrien wird nichts Wesentliches herauskommen, da der Regierung die Interessen der Giftindustriellen höher stehen, als die der vergifteten Arbeiter. Die Gewerbe-Aufsicht ist in einigen Bundesstaaten durch Einsetzung weiblicher Inspektoren etwas vervollkommenet worden. Die wichtigste socialpolitische Neuerung bleibt die Schaffung des Arbeitsstatistischen Amtes; sie wird die auf sie gesetzten Hoffnungen allerdings erst dann erfüllen, wenn die Regierung ihre reaktionäre Eigenbrödelei aufgibt und sich entschließt, den bewährten Bahnen anderer Staaten, vor allem Frankreichs, folgend, den Gewerkschaften eine offizielle Vertretung im Arbeitsstatistischen Beirat einzuräumen.

In juristischer Hinsicht brachte das vollendete Jahr den Gewerkschaften keine neuen Ueberraschungen, dafür aber eine Reihe weiterer Urteile auf den Gebieten des Erpressungsparagrafen und der vereinsgesetzlichen Praxis. Doch halt, — das berühmte neue Segmentrecht der Frauen in Preußen hätten wir beinahe vergessen, dessen einziger Vorzug ja darin liegt, originell zu sein und zu noch originelleren Entscheidungen Anlaß zu geben. Das neue Jahr wird hoffentlich mit dieser letzten Barriere gegen das Versammlungsrecht der Frauen aufräumen, wie das verfloßene mit der Anmeldepflicht der Arbeitersekretariate aufgeräumt hat. Der kuriose Widerstand des Breslauer Oberlandesgerichts ändert an dieser Tatsache nicht das Geringste. Die vereinsgesetzliche Praxis in Preußen, deren schönste Blüte das Verlangen doppelter Mitgliedsverzeichnisse der Gewerkschaften ist, beweist, daß die Polizeibehörden dort weit über das vorliegende Arbeitsbedürfnis hinaus vermehrt worden sind. Oder soll ihr Verlangen indirekt eine Vermehrung der Gewerkschaftsangestellten bezwecken? Für solche Würden die Gewerkschaften ohne dies genug Arbeit haben und zwar zu vernünftigeren Zwecken.

Die politische Entwicklung des Jahres 1902 bietet für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse des Interessanten übergenug. Im Mittelpunkt ihres Interesses aber stand das Zolltarifgesetz, dessen schutz-zöllnerische Tendenz den Lebensmittelwucher derart begünstigte, daß eine energische Abwehr notwendig war. Keines der legalen Mittel durfte unversucht gelassen werden, um diesen ungeheuerlichen Angriff auf die Taschen der Ärmsten zu verhindern. Als das Jahr schloß, war indes das Unerhörteste, das die parlamentarische Geschichte kennt, geschehen. Unter offenem Bruch der Verfassung des Reichstags ist das Gesetz in seiner volksfeindlichen Tendenz und dazu unfertigen Gestalt durch alle Lesungen hindurch gepreßt worden

und hat den Segen der Regierung erhalten, den ein Ordensregen für die schlimmsten Akteure der Vergewaltigungsmehrheit begleitete. Der vom Reichstag angenommene Entwurf wird also Gesetz und das Volk ist den Bräutern, Fleisch- und anderen Wucherern auf Jahre hinaus in die Hände geliefert. Aber ein Erbteil hat das scheidende Jahr der deutschen Arbeiterklasse hinterlassen, — die sittliche Pflicht der Vergeltung! Es ist nicht die niedrige Rache des Geprellten, die wir herausfordern, sondern als legaler Richter wird das politisch mündige Volk im kommenden Jahre die Anlagen gegen die Brotwucherparteien und Verfassungsschänder prüfen und sein Urteil abgeben in Millionen von Stimmzetteln zur Reichstagswahl. Und die Hunderttausende gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, welche ihre Arbeiterinteressen wohl begriffen und den Kampf der Entrechtungsmehrheit um die Beute mit steigender Entrüstung verfolgt haben, werden darüber keinen Augenblick im Zweifel sein, wie sie ihr Urteil abzugeben haben.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Fabrikinspektion und Gewerkschaften.

Witten im ärgsten Getöse der neuesten Heze gegen die Arbeiterbewegung, am 11. Dezember, hielt Herr Gewerbe-Inspektor Hardegg in Stuttgart auf Veranlassung der Vereinigten Gewerkschaften einen Vortrag über die Gewerbe-Inspektion. Es gehörte zweifellos ein erhebliches Maß von Mut dazu, gerade in diesen Tagen als königlicher Beamter zu den so verletzten Arbeitern in das „socialdemokratische“ Gewerkschaftshaus zu gehen und vor denselben zu sprechen, instatt — das „Tischtuch zwischen ihnen zu verschneiden“. Ebenso verdient auch der Inhalt des Vortrages unsre Anerkennung, wie Herr Hardegg übrigens durch seine Berichte in den letzten Jahren schon bewiesen hat, daß er für die sozialen Aufgaben seines Amtes wirkliches Verständnis besitzt. Einige Stellen seines letzten Vortrages scheinen uns besonders wert zu sein, einer Besprechung in den Kreisen der Gewerkschaften unterzogen zu werden, insofern nämlich der Redner selber seine Ausführungen direkt an die Adresse der Gewerkschaften richtete.

Herr Hardegg sondert die Aufgaben der Fabrikinspektoren in drei Gebiete, nämlich in 1. den geistig-sittlichen Arbeiterschutz; 2. Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter; 3. den wirtschaftlichen Arbeiterschutz. Diese Tätigkeitsgebiete seien jedoch mit einander in Wechselwirkung und in ihrer Gesamtheit bestimmt und geeignet, die Lage der Arbeiter zu heben. Aber der Fabrikinspektor stoße leider bei den Arbeitern selbst noch auf manchen Widerstand, nicht bei den im Großbetriebe der Stadt geschulten und disziplinierten Arbeitern, sondern vor allem bei den Tausenden, welche dem Landgebiet entstammen. Diese Arbeiter wollen in der Regel selber von dem althergebrachten Schländrian nicht lassen und erkennen die Notwendigkeit und den Nutzen der Fabrikinspektion vielfach nicht an. Diese Widerstände aus den eignen Reihen zu überwinden, müßten die Arbeiter mithelfen.

Den geistig-sittlichen Arbeiterschutz betreffend führte Redner aus, es sei ein schöner Zug aller Gewerkschaften, daß sie sich von allem Anfang an die sittliche Hebung der Arbeiter zur Aufgabe gemacht. Dadurch werde der ganzen deutschen Industrie der allergrößte Dienst erwiesen, da unsre Industrie nur mit einer sittlich und moralisch hochstehenden Arbeiterschaft im Stande sein werde, ihren Platz zu behaupten. Ebenso liege auch der Schutz der Arbeiter gegen Unfälle und

gesundheitliche Schädigungen im Unternehmerinteresse. Schon beim Bau und der Einrichtung einer neuen Fabrikanlage übe der Fabrikinspektor seinen Einfluß zu Gunsten des Arbeiterschutzes aus und es sei auch zu konstatieren, daß die Fabrikanten in diesem Punkte immer mehr Einsicht und Entgegenkommen befunden, weil sie die Wahrheit des Satzes erkannt haben, daß der bessere Arbeiter auch stets der besseren Werkstätte nachzieht.

Sehr im Argen liege das Gebiet der Schutzvorrichtungen gegen Unfälle an den Maschinen. Hier werde von den Unternehmern viel gesündigt. Es sei die bestimmte Forderung aufzustellen, daß an jeden verantwortungsvollen Posten, an jede mit Gefahr verbundene Arbeit auch der dazu befähigte Arbeiter gestellt werde. Sonst nüpften alle Unfallverhütungs-Vorschriften und Schutzvorrichtungen nichts. Aber auch die Arbeiter könnten wesentlich zur Unfallverhütung beitragen, wenn sie sich in den Werkstätten gegenseitig helfen würden, und wenn die Gewerkschaften in ihren Versammlungen sich mit den einschlägigen Fragen beschäftigen würden, z. B. über die Gefahren einzelner Arbeitsprozesse Vorträge halten ließen. Ähnlich mit den Schutzvorrichtungen, welche heute zumeist deswegen von den Arbeitern nicht benutzt werden, weil sie unpraktisch sind. Nicht der Theoretiker, sondern nur derjenige, der die Maschinentätigkeit in ihrem Lauf beobachtet, also der Arbeiter, welcher die Maschine bedient, könne wirklich brauchbare Schutzvorrichtungen erfinden. Zwar lasse die kapitalistische Produktionsweise dem Arbeiter wenig Zeit, seinen erfinderischen Geist zu bethätigen, trotzdem aber könne auf diesem Gebiete etwas gethan werden. Gelegentlich des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses habe Redner die von den Gewerkschaften veranstaltete Ausstellung ihrer Verwaltungsmaterialien besucht und bewundert. Würden die Gewerkschaften im eignen Interesse der Arbeiter sich der Unfallverhütung annehmen, es würde ihnen ein Leichtes sein, bald eine ebenso stattliche Ausstellung von Arbeitern selbst erfundener Schutzvorrichtungen zu veranstalten.

Lobend anerkannte der Vortragende auch die Thätigkeit der von den Arbeitern zur Uebermittlung von Beschwerden aufgestellten Vertrauenspersonen. Weil der einzelne Arbeiter nicht frei und unabhängig ist, wurde das Vertrauensmänner-System zur Notwendigkeit. Denn die Unfreiheit führt zur Unwahrheit u. a. schließlich zur böswilligen Denunziation! So lange die Vertrauenspersonen ihre Funktion verrichten, sei die Zahl falscher Denunziationen und unbegründeter Beschwerden wesentlich geringer geworden.

Endlich seien noch die Ausführungen Hardeggs über die Stellung des Fabrikinspektors zu den Arbeitgebern hervorgehoben. Mancher glaube, die Fabrikinspektion sei lediglich der Arbeiter wegen da. Diese Annahme sei falsch. Der Fabrikinspektor könne sich nicht einseitig auf den Standpunkt des Arbeiters stellen, und der Arbeiter dürfe ihm auch keinen Vorwurf daraus machen wollen, wenn er in guten Beziehungen zum Arbeitgeber stehe. Denn gute Beziehungen des Aufsichtsbeamten zum Arbeitgeber seien eine der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Fabrikinspektion. Der Fabrikinspektor habe die Pflicht, nicht Partei zu ergreifen, sondern die Wünsche und Interessen der Parteien zu begreifen und das Ergebnis im Dienste seines Amtes zu verwerten.

thl.

**Weibliche Gewerbeaufsicht.** In Hamburg soll im laufenden Jahre versuchsweise eine Assistentin mit einem genau abgegrenzten Arbeitsfeld und 1800 Mk. Jahresgehalt angestellt werden.

**Achtuhr-Ladenschluß in Barmen.** Nach Vornahme einer Abstimmung in Geschäftskreisen Barmens, die eine hinreichende Zweidrittelmehrheit für den Achtuhr-Ladenschluß ergab, wird diese Reform vom 1. Januar 1903 ab für eine Reihe von Geschäftsbranchen in Wirksamkeit treten. In den Kreisen der Uhren-, Gold- und Silberwaren-, Wandagen-, Buch- und Musikalien-Handlungen fiel die Abstimmung gegen den Achtuhr-Ladenschluß aus.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die allgemeine Lage beim Jahreschluß. — Der Umschlag zum Schlimmeren in den Vereinigten Staaten. — Notstand in England. — Zunehmende Auswanderung. — Die Situation in Deutschland. — Konkursstatistik. — Rückgang des Fleischkonsums. — Kapitalistische Skandale.

Das Wirtschaftsjahr 1902 schließt im allgemeinen ungünstiger als das Jahr 1901. Zwar haben die Katastrophen, die vor allem die Jahreswende 1900/1901 kennzeichnen, ihr Ende erreicht; aber das ist ein schwacher Trost, denn kein Wirtschaftsorganismus würde jemals eine endlose Häufung von Katastrophen überhaupt aushalten können. Dafür sitzt die Krankheit um so tiefer und zäher in allen Gliedern fest und sie hat an internationaler Ausbreitung zweifellos in den letzten Monaten gewonnen.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist hierbei vor allem, daß die Vereinigten Staaten von Amerika gleichfalls von der rückgängigen Bewegung immer stärker erfaßt worden sind. Ihr andauernder Aufschwung öffnete dem europäischen Export nochmals ein sehr willkommenes Ventil; während man sonst die Ausfuhrmöglichkeit mit oft geradezu widersinnigen Preisermäßigungen erkaufen mußte, blieb jenseits des Atlantischen Ozeans noch immer ein ansehnliches Absatzgebiet mit verhältnismäßig günstigem Preisstand geöffnet. In erster Linie zog die europäische Eisenindustrie, nicht nur Englands und Deutschlands, sondern selbst Rußlands, daraus direkt und indirekt Nutzen. Jeder kritische Umschlag in Amerika droht nicht nur dieses Abzugsventil zu sperren, sondern ermöglicht unter Umständen auch die Rückkehr jener Industrieausfuhr nach Europa, die vor ein paar Jahren eine ganze Litteratur über die „amerikanische Gefahr“ plötzlich emporkwachen ließen.

Das Ende der aufsteigenden Konjunktur kam in den Vereinigten Staaten zunächst in einer Geldmarkt- und Börsenkrisis zum Ausdruck. Aber dahinter lauert, wie gewöhnlich, eine Abschwächung der Aussichten der Produktion und des Warenabzuges. Das Börsenpublikum folgte den Trübsgründern und Projektenschwärmern nicht weiter, weil man die Periode der „unbegrenzten Möglichkeiten“ für erschöpft hielt. Weil man die drohenden Wetterwolken am Horizont nicht länger unbeachtet lassen konnte, verteidigten und beschränkten: die überlasteten Banken den Finanzstrategen die bisher gemähten Kredite und gaben damit, wider Willen, das Signal zu immer neuen Liquidations- und Zwangsverkäufen, die zeitweise zu einer heftigen Börsen- und Finanzpanik führten und am schwarzen Freitag (12. Dezember) die Kurse vielfach noch unter die Panikpreise des 9. März 1901 warfen und Geldsätze bis 12 Prozent in Erscheinung treten ließen. Und

es war kein Zufall, daß diese Krisis ihren Ausgangspunkt von den Eisenwerten nahm, daß gerade die leitenden Stahltrustaktien schwere Einbußen erlitten und daß weiter die Eisenbahnen, deren Ueberflüsse stillzustehen und sogar zurückzugehen beginnen, die Wirkung des einmal erwachten Mißtrauens in erster Linie zu fühlen begannen. Vermehrt wurden die New Yorker Schwierigkeiten noch dadurch, daß die europäischen Finanzmächte vor allem in Berlin und Paris, bei dem niedrigen heimischen Diskont und dem hohen Zinssatz in der Union enorme Vorschüsse (meist auf 60 bis 90 Tage) auf amerikanische Effekten gewährt hatten, diese jedoch energisch zurückzogen, sowie das Kartenhaus der Spekulation zu wanken anfing. Bis zum Jahreschluß mit seinen starken Ansprüchen an alle Geldinstitute dürfte sich dieser Prozeß noch fortsetzen, und darum erregt der amerikanische Wetterwinkeln im Augenblick verdoppelte Aufmerksamkeit.

Diese neue Beunruhigung trifft zusammen mit immer schlimmeren Nachrichten aus England. Dieses war von der absteigenden Konjunktur zwar durchaus nicht verschont geblieben; aber wie es sich im Aufschwung weniger überstürzt hatte als etwa Deutschland, so war der Absturz auch weniger heftig. In den letzten Wochen und Monaten scheint sich das Bild rasch verdüstert zu haben; der Notstand und die Arbeitslosigkeit füllen die Spalten der Presse mehr denn je. Am 12. Dezember entwarf Keir Hardie in einem offenen Schreiben eine grelle Schilderung der Zerrüttung des Arbeitsmarktes: Mindestens eine halbe Million der Lohnarbeiter Großbritanniens dürften unfreiwillig außer Stellung sein. Im West Ham-Bezirk Londons seien die Themse-Eisenwerke und die Ostbahn-Werkstätten typisch für die Beschäftigung der gelernten Arbeit. Der erst erwähnte Betrieb habe noch vor einem Jahre 4000 Männer beim Schiffsbau beschäftigt; heute sei die Zahl noch unter 1000 herabgegangen. In den Great Eastern Railway-Werken in Stratford seien Tausende entlassen worden; ähnlich jenseits der Themse im Woolwich-Arsenal. „Bei der statistischen Aufnahme, die für einen Teil der südlichen Hälfte des West Ham-Bezirks veranstaltet wurde, fand man in 20 263 aufgesuchten Häusern 5382 Männer arbeitslos. Davon waren 3602 Familienhäupter und hatten 7870 Kinder zu ernähren. In diesem Distrikt machen daher die Stellenlosen 25 Prozent der Lohnarbeiter aus. In den Dockdistrikten mögen jetzt 13 000 Personen ständig außer Arbeit sein.“ Ähnlich groß sei der Notstand im Nordosten Englands, in Newcastle, Darlington, Stockton, Shields. Nicht anders sei es in Birmingham, Bristol, Cardiff, Swansea, Caerh im Westen. Die „Labour Gazette“ stellt gleichfalls für November eine gegen das Vorjahr (und den Durchschnitt der letzten zehn Jahre) größere Arbeitslosigkeit fest: im Vorjahre waren von den berichtenden Trade Unions 3,8 Prozent, im zehnjährigen Durchschnitt 4,6 Prozent, in diesem Jahre 4,8 Prozent der Mitglieder stellenlos, wobei in diesem Jahre besonders das Eisen- und Stahlgewerbe und der Schiffsbau ins Gewicht fallen — also gerade zwei der markantesten Industrien Englands, die zudem in hervorragendem Maße qualifizierte Arbeiter verwenden. Auch die übliche „Times“-Jahresübersicht über den Pauperismus in London konstatiert soeben, daß die „rückläufige Strömung bereits einen bedenklichen Umfang erreicht hat.“ In der zweiten Dezemberwoche seien 113 869 Almosenempfänger vorhanden gewesen, gegen 107 539 im Jahre 1901 und 103 184 im Jahre 1900. Allerdings sucht das Blatt die, gegen frühere Jahrzehnte wesentlich veränderte Praxis der Armenverwaltung für das Anschwellen der Ziffern verantwortlich zu

machen; doch trifft alles das auf das Wachstum der letzten Jahre in keinem Falle zu. Hier können nur die verschlechterten Lebensverhältnisse die treibende Kraft gewesen sein. Auch Massenmeetings von Arbeitslosen werden bereits abgehalten, um die öffentlichen Körperschaften an ihre Pflichten zu mahnen.

Die europäische Krisis — allerdings nicht nur die der Industrie und der Industrie-Arbeiterschaft — spiegelt sich auch in der amerikanischen Einwanderungs-Statistik wieder. Der Zufluß der Einwanderer aus europäischen Ländern hat im dritten Quartal 1902 „außergewöhnlich große Dimensionen angenommen“ und selbst die große Einwanderung in der gleichen Periode des Jahres 1901 noch beträchtlich übertroffen. Die Gesamtzahl der im dritten Quartal des Jahres 1902 in den Vereinigten Staaten gelandeten Einwanderer betrug 154 559, hiebon 96 850 männlichen und 57 709 weiblichen Geschlechts, gegen 110 443, darunter 68 802 männlichen und 41 641 weiblichen Geschlechts in der gleichen Periode des Jahres 1901.

In Deutschland selber ist der Tiefstand der Konjunktur etwa noch der gleiche wie vor einem Jahre. In den Montanindustrien, im Kohlen- und Erzbergbau, im Hütten- und Eisengewerbe hat sich sogar die Lage noch ganz wesentlich verschlimmert und sie würde noch viel schlimmer sein, wenn nicht der Bedarf der Vereinigten Staaten und der französische Bergarbeiterstreik ganz vorübergehend eine Erleichterung geschaffen hätten, mit der sonst nicht zu rechnen gewesen wäre. Dafür mag man auf die andere Seite der Rechnung setzen, daß manche Textilbranchen sich weiter gut halten und daß die Bauthätigkeit des Jahres 1902 günstiger dasteht als die des Jahres 1901. Doch was will das besagen, da 1901 ein kritisches Jahr erster Ordnung war, gegen das eine Verschlechterung kaum noch denkbar war?

An der Hand des Materials des Statistischen Reichsamtes hat Direktor Max Gottschalk vom Deutschen Kreditoren-Verband soeben die Verlustziffern aus den deutschen Konkursen im Jahre 1901 herauszurechnen gesucht. Obwohl nur ein kleiner Teil der ökonomischen Zusammenbrüche und Verluste in wirklichen Konkursen zum Ausdruck kommt, sind die Ziffern doch ganz exorbitante. Nach Gottschalk war das Jahr 1901 eines der trübsten seit einer Reihe von Jahren, denn die Zahl der effektiv eröffneten Konkurse hat sich um 1707 Fälle seit dem Vorjahre erhöht. Der tatsächliche Verlust hat sich um 29 324 918 M. gesteigert und die kolossale Summe von 175 689 336 M. erreicht. Hierin sind aber die Verluste der Leipziger Bank und der Treber-Gesellschaft in Kassel nicht einbegriffen. Es wurden Konkurse effektiv eröffnet in 1901 9419 (gegen 7712 im Vorjahre), beendet wurden 7490 (gegen 6292). Die Summen aller angemeldeten Forderungen war 224 499 885 M. (gegen 188 073 239). Die Teilungsmasse betrug 59 452 525 M. (gegen 52 695 257), die gesamten Massekosten beliefen sich auf 9 371 624 M. (gegen 9 467 704). Es sind, wie erwähnt, Forderungen effektiv ausgefallen in Deutschland 175 689 336 M. (146 364 418 M.), davon in Preußen 94 532 742 M. (77 688 274). Die größte Zunahme der Verluste hatten aufzuweisen das Königreich Sachsen (+ 6 128 103 M.), die Provinz Schleswig-Holstein (+ 5 832 249), Schlesien (+ 2 819 312), das Herzogtum Anhalt (+ 2 210 211). Berlin hatte eine Zunahme von 860 627 M. zu verzeichnen. Die Durchschnittsbildende aller durch Schlussverteilung beendeten Konkurse betrug in 1901 16,88 Prozent

(17,72 Proz. im Vorjahre), diejenige aller durch Zwangsvergleiche beendeten Konkurse 28,56 Prozent (28,62 Proz.).

Wider Willen stürzen auch die Agrarier nachträglich noch ein Sacklein zur Charakterisierung des Notstandes breiter Massen der Bevölkerung bei. Sie suchen nämlich aus der Statistik der Schlachtungen nachzuweisen, daß in den städtischen und industriellen Bezirken bereits 1901, also vor dem Eintritt der künstlich beförderten Fleischknappheit der Gegenwart, der Fleischkonsum zurückgegangen sei. 1901, erklären die agrarischen Weisen triumphierend, sei kein Viehmangel gewesen; wenn also die Schlachtungen trotzdem in den kontrollierbaren Bezirken abgenommen hätten, während sie vorher von Jahr zu Jahr stiegen — so sei das nur die notwendige Rückwirkung der gesunkenen Kaufkraft und Aufnahmefähigkeit der Industrieböllerung. Welch ein unfreiwilliges Zugeständnis! Aber auch Welch eine Verblendung, einen unter der kapitalistischen Ordnung unvermeidlichen Rückgang nun auch noch durch abnormen Waren- und Preiswucher zu verschärfen!

Unterdes ist der kapitalistische Verwesungsprozeß, der diese Krisis begleitet, wieder in einigen neuen, übelriechenden Erscheinungen zu Tage getreten.

Bei der Deutsch-Oesterreichischen Dampfschiffahrt wurde Direktor Richter von seinem Vorstandsposten enthoben: er war Anteilshaber bei Schlepplähnen, welche die Gesellschaft unter Bedingungen mietete, die offenbar für Herrn Richter recht günstig, für die unter Richters Einfluß stehende Gesellschaft recht verlustreich waren! Im Jahre 1902 ergab sich bis Ende September ein Betriebsausfall von etwa 14 000 M. aus dem Betrieb der gemieteten Rähne!

Auf mindestens 700 000 Mark Unterschlagungen brachte es der Depotverwalter Neßler bei der Darmstädter Bank. Neßler hatte als Angestellter umfangreiche Spekulationen getrieben, und die Bank hatte offenbar in der guten Zeit die Dinge unbesehens laufen lassen. Kurz vor Weihnachten wurde der geflüchtete Neßler in der Schweiz verhaftet.

28. Dezember 1902.

Max Schippel.

## Arbeiterbewegung.

### Aus deutschen Gewerkschaften.

Im Verband der Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter wurde die Arbeitslosenunterstützung mit 12 838 gegen 12 562 Stimmen, also gegen eine nahezu gleich große Minderheit, abgelehnt. 69 Zahlstellen haben sich an der Abstimmung gar nicht oder nicht rechtzeitig beteiligt. Der Vorstand des Verbandes schreibt hierzu: „Den Ausfall der Abstimmung haben wir uns anders gewünscht; wir sind fest davon überzeugt, daß die Arbeitslosenunterstützung nur die besten Folgen, für die Verbands-genossen sowohl, wie auch für den Verband haben kann. Indeß dem Votum der Mehrheit haben wir uns zu fügen. Aber hoffen und wünschen dürfen wir, daß es uns in der Zeit bis zum nächsten Verbandstag gelingen wird, auch die ablehnende Mehrheit von der Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung zu überzeugen.“

Die organisierten Glasarbeiter aller Länder richten eine monatliche Arbeitsmarkt-Berichterstattung ein, die fortdauernd ein zuverlässiges Bild über die Zahl der in den einzelnen Staaten und Organisationsbezirken vorhandenen arbeitslosen Glasarbeiter, sowie

der frei gewordenen und neu zu besetzenden Arbeitsstellen geben soll. In den einzelnen Staaten liegt die Aufnahme der Berichterstattung in der Hand des internationalen Vertrauensmannes, der sich wiederum auf Mitteilungen lokaler Vertrauensleute stützt.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schlägt der nächstjährigen General-Versammlung die Einführung einer statutarisch geregelten Krankenzuschuß-Unterstützung, eines Sterbegeldes, einer Beihilfe zu den Umzugskosten und eine Neuregelung der Unterstützung bei Streiks und Maßregelungen vor, wozu sich eine Beitragserhöhung von 30 auf 50 Pf. für männliche und von 10 auf 25 Pf. für weibliche Mitglieder pro Woche notwendig erweisen werde. Die Frage der Krankengeld-Unterstützung erlangt in den deutschen Gewerkschaften eine wachsende Bedeutung, welche eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen den Gewerkschaften und den freien zentralisierten beruflichen Krankenkassen dringend erforderlich macht. Wir werden diese Frage demnächst der Diskussion der Gewerkschaften unterbreiten.

Der neu errichtete Steinarbeiter-Verband beginnt mit dem 1. Januar d. J. seine Wirksamkeit. Die Redaktion des „Steinarbeiter“ begrüßt den neuen Verband in einem „Am Scheideweg“ betitelten Artikel, in dem auf die zahlreichen, auf früheren Kongressen vorgenommenen Änderungen an der Organisationsform erinnert wird, welche erkennen ließen, daß es den Steinarbeitern bisher niemals gelungen war, die richtige Form zu finden. „Durch die Einführung des Verbandes,“ schreibt sie, „wollen wir aber bethätigen, daß uns daran gelegen ist, innerhalb unsrer Reihen etwas mehr Straffheit in der Verwaltung, mehr Disziplin unter den Organisierten und mehr Ueberbacht über die Organisation zu erhalten. Diese Gründe waren maßgebend, eine andere Organisationsform zu wählen, die sich, wie wir alle hoffen, auch gut bewähren möchte.“ Die deutschen Steinarbeiter werden den Schritt zur Verbandsorganisation gewiß nicht zu beklagen haben; nur dürfen sie nicht vergessen, daß die Form allein nicht die Macht und Kraft einer Gewerkschaft gewährleistet, sondern daß Inhalt und Form ein einheitliches Ganzes bilden müssen.

Der Verband der Steinsezer, Pfisterer und Berufsgenossen Deutschlands blickt am Ende dieses Jahres auf ein zehnjähriges Bestehen (auf seiner heutigen Grundlage) zurück. Der Vorstand beabsichtigt, zu dieser Gelegenheit eine Jubiläumsnummer des Fachorgans herauszugeben, in welcher in allgemeinen Zügen die Geschichte der Organisation in diesen zehn Jahren beschrieben sein soll. Die Nummer soll hauptsächlich Agitationszwecken dienen, deshalb ist dem Verbandsvorstand daran gelegen, daß sie in möglichst weite Kreise der noch nicht organisierten Berufsangehörigen dringt. Zu diesem Zweck erucht der Vorstand des Steinsezerverbandes die organisierten Genossen verwandter Berufe usw., ihm Adressen von unorganisierten Berufsangehörigen angebr. zu wollen. Auch ist derselbe bereit, jede beliebige Anzahl von Exemplaren der Agitationsnummer zwecks Weiterverbreitung kostenlos zur Verfügung zu stellen. Etwaige Adressen oder Bestellungen auf die Agitationsnummer werden bis spätestens 5. Januar 1903 an die Adresse A. Knoll, Berlin NW., Waldenferstraße 18/19, erbeten.

Der monatliche Arbeitsmarktbericht des Verbandes der Töpfer ergab für den Monat November 1245 arbeitslose Ofensezer und 3 Werkstathtarbeiter gegenüber 869 offenen Stellen für Ofensezer, 23 für Werkstatt- und 3 für Scheibenarbeiter. Die paritätischen Arbeitsnachweise weisen nachstehende Zahlen auf: Chemnitz 12 Arbeitslose, 9 vermittelt, München 106



Arbeitslose, 79 vermittelt, Dresden 86 Arbeitslose, 48 vermittelt, Berlin 651 Arbeitslose, 711 verlangt. Von 146 Orten haben 96 Bericht erstattet.

### Von den ausländischen Gewerkschaften.

Die Redaktion der „Barbier- und Friseur-Zeitung“ wundert sich, daß die in Oesterreich und Niederlande bestehenden Fachorganisationen ihres Berufs in den von uns veröffentlichten Adressenverzeichnissen aus diesen Ländern nicht aufgeführt bzw. als nicht der Landeszentrale angeschlossen genannt werden. Ihre Frage, woran das liege, ist zweifellos mehr an die Adressen ihrer Berufsorganisationen, als an uns gerichtet, denn das Fehlen dieser Organisationen in den Verzeichnissen beweist eben, daß dieselben es noch nicht für notwendig erachten, sich den Landesgruppen der Gewerkschaften anzuschließen. Der Verband der Barbier- und Friseurgehilfen würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er seinen kollegialen Einfluß geltend machen würde, um den Anschluß der Organisationen seines Berufes an die anerkannten Landeszentralen der in Frage kommenden Länder zu fördern, damit die Einheitlichkeit der modernen Gewerkschaftsbewegung überall zum Siege gelangt. Das Gleiche hoffen wir auch von anderen deutschen Gewerkschaften. Erst dann kann das internationale Zusammenwirken auf beruflichem und allgemein gewerkschaftlichem Gebiet dauernd von Erfolg sein.

## Kongresse und Generalversammlungen.

### Der vierte belgische Gewerkschaftskongreß.

Der soeben geschlossene Kongreß bedeutet im Vergleich zu seinen Vorgängern einen ziemlichen Fortschritt.

Die Organisation des Kongresses und dessen Arbeiten waren bedeutend besser; die Materien waren besser vorbereitet und die Debatten bewegten sich durchgehend auf einem höheren geistigen Niveau. Diverse Faktoren haben zu diesem Fortschritt beigetragen.

Da ist in erster Linie die Konzentration der Kräfte auf den Ausbau der leider nur zu lange vernachlässigten Gewerkschaftsorganisation zu nennen; dann haben die ausländischen Beispiele anfeuernd gewirkt und die Theorie und Praxis der Gewerkschaften in rationellere Wege geleitet; weiter wirkte günstig die unglückliche Wahlrechtskampagne, welche die Schwächen und Fehler der belgischen Arbeiterbewegung nur zu drastisch offenbarte und auf das Eklatanteste bewies, daß solche Kämpfe ohne solide, finanziell starke Organisationen keine Aussicht auf Erfolg haben und daß die letzteren durch Begeisterung und ähnliche abstrakte Größen nicht ersetzt werden können.

Als erstes Resultat der praktischen Anwendung des Gelernten auf dem gewerkschaftlichen Gebiete sind die Konferenzen der „Männer der That“ (hommes d'oeuvre) anzusehen. Diese haben zweifelsohne zur Vorbereitung der Kongreßarbeit und Vertiefung in das Studium der einschläglichen Materien beigetragen. Allein von den Eierchalen der alten Periode haben sie sich noch nicht ganz befreien können, von der alten Geheimnisträmerie noch nicht gelassen. Hat schon jede ängstliche Geheimnisträmerie, besonders wenn sie deplaziert ist, einen Stich in's Komische, so wirkt sie geradezu gefährlich in dem Klassenkampf, der die Mitwirkung eben der Klasse, der breiten Masse, voraussetzt. Das einzige scheinbar stichhaltige Argument jenes Beginns ist die Geheimhaltung der Pläne

dem Feinde gegenüber. Ganz abgesehen davon, daß der mit gutem Klasseninstinkt ausgestattete Bourgeois selten zu täuschen ist, richtet und richtete die Sekretiererei nur Verwirrung und Mißtrauen in den eignen Reihen; im entscheidenden Moment hat man wohl den für alle Eventualitäten gewaffneten Feind vor sich, hinter sich aber wenig aufgeklärte, das Wie und das Warum ignorierende Freunde.

Dann ist es nachgerade dahin gekommen, daß geschlossene Thüren diskretierend wirken; denn es ist eine auf Erfahrung begründete Thatsache, daß umso weniger Seide in den Konferenzen gesponnen wird, je hermetischer die Zugänge des Sitzungsaales verschlossen sind.

Ein weiterer Mangel ist das Fehlen eines Organes. Hier, wo die Gewerkschaftspresse fast nur aus Monatsjournalen besteht, die noch dazu nicht obligatorisch eingeführt sind und mangels geeigneter Kräfte in redaktioneller und technischer Hinsicht sehr viel zu wünschen übrig lassen, ist ein zentrales Organ, ein geistiges Band, das alle umschlingt, doppelt notwendig. Leider können solche Notwendigkeiten nicht erfüllt werden wegen konstanter Ebbe in der Kommissionskasse. Der vorige Kongreß hatte wohl die Erhöhung der Beiträge von 2 auf 5 Centimes pro Mitglied und Jahr beschlossen; aber dieser Beschluß hatte nur Beifallsjauben, aber kein Geld gebracht. Im großen Ganzen hatten die zahlenden Gruppen die 2 Centimesbeiträge weiter entrichtet, viele das Zahlen überhaupt vergessen.

Die Sekretäre der Kommission, die Genossen Maas und Dtors, führten aus, daß die Beiträge ein einmal für die Druckerkosten des Kongreßprotokolls hinreichten und auch die besten Beschlüsse nicht in die Praxis umgesetzt werden können wegen Geldmangel; das Material, welches die Industriezählung gesammelt, müsse weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden. Dies sei bis jetzt unmöglich gewesen, weil man keine Mittel habe, die Kräfte zu besolden. Es sei so weit gekommen, daß man in den ausländischen Organisationen über die Lage der belgischen Arbeiter besser unterrichtet sei, als in den belgischen selbst. Die Beitragserhöhung sei unbedingt notwendig, wenn die Existenz der Kommission nicht in Frage gestellt werden solle.

Bis jetzt wird die Arbeit der Kommission von Genossen nach der beruflichen Arbeit gethan. Die Anstellung eines eignen Beamten stand schon wiederholt zur Verhandlung, ohne bis jetzt erfüllt zu sein.

Der Masse fehlt noch der richtige Sinn für die Notwendigkeit und Nützlichkeit einer centralen Instanz für die Gewerkschaften. Die Verbindung zwischen dem Kopf und dem Rumpf des belgischen Gewerkschaftskörpers besteht erst noch aus sehr dünnen, leicht zerreißen Fäden, die erst dann zu einem starken Tau vereinigt werden, wenn die Körper aus einheitlichen Zentralorganisationen bestehen.

Diese Mängel haben ein lichtvolleres Gegenbild in dem geistigen Fortschritt der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wofür der soeben geschlossene Kongreß ein beredtes Beispiel ist. Dieser Fortschritt ist höher zu veranschlagen in einem Lande wie Belgien, wo kein obligatorischer Schulbesuch existiert und wo die Zahl der Analphabeten 22 Proz. bei der männlichen und 28 Proz. bei der weiblichen Bevölkerung beträgt.

In den vier Jahren des Bestandes der Gewerkschaftskommission — sie wurde von dem Kongreß der Parti Ouvrier im Jahre 1898 geschaffen — sind die Arbeiter doch dahin gekommen, die ihre speziellen Interessen angehenden Fragen selbst zu diskutieren. Die langen Reden mit vielen Phrasen und wenig sachlichem Inhalt sind aus den syndikalen Kongressen verschwunden.

Bildete die Gewerkschaftskommission anfänglich nur eine Art Subkomitee des Parteivorstandes, so hat sie mehr und mehr die Arbeitssteilung eingeführt, sie hat sich in steigendem Maße auf eigne Füße gestellt. Dadurch ist es gelungen, auch die sogenannten neutralen Gewerkschaften zur Mitarbeit und Bestreitung der Kosten heranzuziehen und beiden, der Partei als auch der Gewerkschaftsorganisation, sind daraus Vorteile entsprungen.

Der Kongreß trat am 14. Dezember, vormittags, im Maison du Peuple zu Brüssel zusammen. 184 Delegierte waren erschienen, darunter ein halbes Dutzend weibliche.

Der erste Punkt der Tagesordnung bildete das Projekt der Unfallversicherung (ausgearbeitet von der Regierung im vorigen Jahre), dessen Schicksal kommenden Januar in der Kammer entschieden werden wird.

Von der Erörterung dieses Projektes können wir hier absehen, da über diese Sache im „Correspondenzblatt“ schon ausführlich berichtet wurde. Hier sei nur die betreffende Resolution des Kongresses reproduziert: Sie fordert:

1. Die Ausdehnung der Versicherung auf alle Lohnarbeiter ohne Unterschied der Nation und für alle Betriebsunfälle, ganz gleich, wodurch sie hervorgerufen;
2. Eine Entschädigung für alle, auch kleinere Unfälle vom Moment des Geschehens an in der Höhe von 75 Proz. des Verdienstentganges und die Ersetzung der Doktor- und Apothekerkosten;
3. Eine fühlbare Erhöhung der Rente für die Wittwen und Waisen im Todesfalle des Verletzten;
4. Aufrechterhaltung der Verantwortlichkeit des Unternehmers;
5. Einführung der obligatorischen Versicherung unter Garantie des Staates;
6. Gewährung von Schmerzensgeldern.

Im Falle diese Forderungen von der Majorität der Kammer verworfen werden, wird eine Plenarversammlung der Fraktion, des Parteivorstandes und der Gewerkschaftskommission die definitive Stellungnahme der Abgeordneten gegenüber dem Projekte bestimmen.

Der nächste Verhandlungsgegenstand bildete der Artikel 30 des Strafgesetzbuches. Dieser lautet:

„Es wird bestraft mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren und mit Geldbuße von 50—1000 Frs., eine jede Person, welche behufs Erhöhung oder Erniedrigung der Löhne die freie Ausübung des Berufes oder der Arbeit beeinträchtigt; welche Gewalt, Beleidigungen oder Drohungen angewandt hat, Bußen, Verbote, Unterjagungen oder sonstige Proskriptionen erlassen hat gegen die, welche arbeiten oder arbeiten lassen.“

Die nämliche Strafe ist vorgesehen für diejenigen, welche die Freiheit der Meister oder Arbeiter beeinträchtigen, sei es durch Ansammlungen in der Nähe der Etablissements oder der Wohnstätten derjenigen, welche sie leiten, sei es durch Einschüchterung der Arbeiter, welche zur Arbeit gehen oder von ihr kommen — — !!

Man sieht, der Artikel ist dem Ausbeutertum auf dem Leib zugeschnitten. Bildet er den Gipfel eines Klassengesetzes, so wird seine Anwendung der Superlativ der Klassenjustiz. In jedes Syndikat reißt er bei jeder Lohnbewegung diese Furchen; für jede Forderung bildet er das Damoklesschwert. Zu welchen Ungeheuerlichkeiten ein serviles Juristenhirn kommen kann, beweist der Prozeß gegen den Abgeordneten Sübin und Genossen. Nicht nur wurden diese auf

Grund des Artikels zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, sondern sie wurden auch noch zivilgerichtlich haftbar gemacht für die Verluste, welche der Unternehmer durch den Streik erlitten zu haben vorgiebt. Der Sekretär der Gutmacher wurde verurteilt, weil er einem Arbeiter die Zahlung des Wochenlohnes aus der Streikkasse in Aussicht stellte, wenn er nicht mehr zur Arbeit gehe.

Und solche Fälle kommen zu Hunderten vor. — Das Resumé der vielen Klagen der Kongreßdelegierten ist: Das Stellen jeder Forderung an die Unternehmer ist einfach unmöglich gemacht. Man darf wohl von dem gesetzlich garantierten Koalitionsrechte Gebrauch machen, sich vereinigen, aber man darf keine Forderung stellen; man kann auch einen höheren Lohn erringen, aber man muß dem Unternehmer den Verlust erzeigen; man darf auch eine Streikkasse noch anlegen, aber man darf nicht zum Streik auffordern, noch an die Ausständigen Unterstützungen zahlen, um sie kampffähig zu machen. Mit einem Wort: der Artikel 310 und noch mehr dessen Anwendung ist das Leichentuch der ökonomischen Organisation der Arbeiter.

Von der Gleichheit aller Belgier vor dem Gesetze bekamen die Arbeiter erst einen richtigen Begriff, als sie einen Versuch machten, den Artikel gegen das Unternehmertum, gegen den Buchdruckereibesitzer anzuwenden, welcher seine Arbeiter ausgesperrt hatte, weil sie sich weigerten, ihrem Syndikat den Rücken zu kehren. Hatten sie bei den Unterinstanzen leidlich Glück, so erklärte der Appellationshof als letzte Instanz: Der Artikel ist auf den Unternehmer nicht anwendbar.

Nach Anführung dieser Thatfachen ist es wohl kaum noch nötig anzuführen, daß das Streikpostenstehen, die Plazierung des Streikkomitees in der Nähe der betreffenden Fabrik schon lange nicht mehr möglich ist.

Diese Zustände sind die Ursache der Erfolglosigkeit vieler Streiks. Der Kongreß konnte neben Protesten gegen diese infame Klassenjustiz nur auf's Neue geloben, mit allen Mitteln auf die Abschaffung dieses Artikels hinzuwirken.

Nachdem eine Resolution zu Gunsten der Begrenzung des Arbeitstages angenommen, referierte der Kommissionssekretär über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in Belgien.

Nach diesem Bericht sind in den sozialistischen Gewerkschaften organisiert: 80 583 Männer, 3094 Frauen, zusammen 83 677. Dies wäre gegen das Vorjahr eine Zunahme von 10 386 Mitglieder. Ihre Verteilung nach Verufen zeigt die Tabelle auf Seite 10.

Die Zahl der Organisierten stellt sich in Wirklichkeit höher. Neben den Gruppen, welche die Enquetebogen nicht zurückgesandt haben, giebt es noch einige, allerdings kleinere Syndikate, die der Partei nicht angeschlossen und folgedessen nicht in der Statistik stehen.

Auch bestehen noch eine Unmasse christliche, oder wie man hier sagt: kirchliche und liberale Gewerkschaften. Die Enquete, welche über diese veranstaltet wurde, ist als mißglückt zu betrachten. Es ist auch mit der größten Mühe nicht möglich gewesen, die Zahlen der Mitglieder dieser Organisationen zu erhalten. Es ist auch schließlich ohne Bedeutung, da in ihnen Arbeitgeber und -nehmer vereinigt sind und sie für wirtschaftliche Kämpfe im Interesse der Arbeiter keine Rolle spielen. Sie bilden nur den dünnen Schwanz jener beiden Parteien.

Die Höhe der Beiträge wurde von 130 Gruppen ermittelt. 47 haben Wochenbeiträge eingeführt; diese schwanken zwischen Frs. 0,5 und 1,50. 83 haben Monatsbeiträge, welche zwischen Frs. 0,50 und Frs. 5,00

schwanken. Bei der großen Mehrzahl betragen die Einlagen weniger als Frs. 1,10 pro Monat. 81 Gruppen zahlen Arbeitslosen-Unterstützung; 24 unterstützen die kranken Mitglieder; 9 gewähren eine Alterspension

in der Höhe von Frs. 2,50 bis 30,00 (Typographen in Brüssel) pro Monat; andere zahlen Sterbegelder oder ersetzen Umzugskosten. Neben diesen Unterstützungen zahlen alle Gruppen Streifgelder.

	1901			1902			Prozent der gesammten Arbeiterschaft	— mehr + weniger
	Männlich	Weiblich	Total	Männlich	Weiblich	Total		
Ungelernte Arbeiter . . . . .	328	6	334	315	3	318	?	— 16
Transport . . . . .	1 975	—	1 975	900	—	900	4,6	— 1 075
Stohlenindustrie . . . . .	45 000	—	45 000	55 000	—	55 000	41,0	+ 10 000
Textilindustrie . . . . .	3 787	3 144	6 931	3 543	2 720	6 263	3,9	— 668
Metallindustrie . . . . .	7 026	—	7 026	7 262	—	7 262	6,9	+ 236
Glasindustrie*) . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—
Bekleidungsindustrie . . . . .	1 363	30	1 393	1 940	312	2 252	3,9	+ 859
Steinindustrie . . . . .	3 803	—	3 803	4 503	—	4 503	12,8	+ 700
Holzindustrie . . . . .	1 922	6	1 928	2 107	9	2 116	4,2	+ 188
Tabakindustrie . . . . .	1 400	—	1 400	1 400	—	1 400	13,5	—
Buchindustrie . . . . .	677	50	727	677	50	727	6,6	—
Lederindustrie . . . . .	980	—	980	1 090	—	1 090	3,3	+ 110
Stellmacher und Sattler . . . . .	255	—	255	338	—	338	?	+ 83
Nahrungsmittelindustrie . . . . .	500	—	500	522	—	522	0,8	+ 22
Hutindustrie . . . . .	725	—	725	689	—	689	?	— 36
Diverse . . . . .	314	—	314	297	—	297	0,5	— 17
	70 055	3 236	73 291	80 583	3 094	83 677	10,16	10 386

Es bestehen gegenwärtig 14 ständige Sekretariate mit 20 Beamten.

Die höchsten Beamtengehälter zahlen die Glasarbeiter (Frs. 244 pro Monat) und die niedrigsten die ungelerten Arbeiter in Gent (Frs. 68 pro Monat).

Bezüglich des allgemeinen Stimmrechtes wurde beschlossen, die Bewegung zu dessen Gunsten wieder mit aller Energie aufzunehmen. Zu diesem Behufe wurde beschlossen: „es sind fortgesetzt möglichst viele Meetings abzuhalten; diese müssen alle gleichzeitig immer in einem Verufe nach dem andern stattfinden. Alle Abgeordnete und sonstige Propagandisten haben sich hierfür zur Verfügung zu stellen. Die Reihenfolge der Verufe und die an einem Tage gleichzeitig zu behandelnden Themata sind festzustellen. Im gegebenen Moment, wenn es sich darum handelt, den entscheidenden Kampf für das allgemeine Wahlrecht zu beginnen, hat ein Spezialkongress über dessen Opportunität zu beschließen. Der Generalstreik hat nur nach genügender Vorbereitung zu beginnen. Es dürfen hierfür nur Kandidaten unterstützt werden, welche sich für die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes verpflichten.“

Die Erhöhung der Beiträge von 2 auf 5 Cent. wurde bei Gelegenheit der Berichterstattung der Gewerkschaftskommission wiederum in breiter Weise erörtert. Schließlich wurde die Sache an die Gruppen zur Diskussion zurückverwiesen, welche innerhalb drei Monaten ihre Ansichten der Kommission einbringen sollen.

In der Diskussion über die Zentralverbände (Fédérations Nationales) wurden die Gruppen engagiert, sich ihrem betreffenden Verband anzuschließen. Auch wurde dem Parteivorstande nahegelegt, nur solche Gruppen in die Parteiorganisation zuzulassen, welche der nationalen Föderation angehören.

Die Schaffung einer nationalen Streikkasse wurde dem nächsten Gewerkschaftskongress überwiesen.

Der Kongress wurde Montag, den 15. Dezember, abends 6 Uhr, geschlossen.

Brüssel, den 15. Dezember 1902. Chagrin.

\*) Die Glasarbeiter sind, weil der Parti Ouvrier nicht angeschlossen, in diese Statistik nicht einbezogen. Von diesen sind rund 8000 = 36,4 der gesammten Glasarbeiterschaft organisiert.

**Ein zweiter deutscher Bauarbeiterkongress** wird von seiten der Kommission für Bauarbeiter im Einverständnis mit den Verbandsvorständen der hauptberuflichen Gewerkschaften zum Sonntag, den 29. März 1903 nach Berlin (Gewerkschaftshaus) einberufen. Die Tagesordnung sowie alles weitere bezüglich der Delegiertenwahlen soll später bekannt gegeben werden.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Das Ende des Streiks der Seeleute in Marseille.

Der Streik der Seeleute in Marseille, welcher zuerst zum Generalstreik aller französischen Seeleute und dann zum Generalstreik der Arbeiter aller Industrien der Region von Marseille und sogar ganz Frankreichs führen sollte, ist zu Ungunsten der Arbeiter beendet.

Mit dem Generalstreik der andren Industrien haperte es sehr; der größte Teil der Bäcker und Dockarbeiter setzte trotz der Beschlüsse ihrer resp. Organisationen zu Gunsten des Generalstreiks die Arbeit fort (es waren allerdings nur Minoritätsbeschlüsse). Am 14. Dezember versammelten sich noch einige Organisationen in der Arbeitsbörse, um auch Stellung zum Generalstreik zu nehmen. Die Mechaniker und Justierer beschlossen, hierüber eine Urabstimmung entscheiden zu lassen, wozu aber mehrere Tage gebraucht wurden; die Blei- und Zinnsarbeiter, Klempner usw. faßten den gleichen Beschluß; auch die Tischler entschieden sich in gleichem Sinne. Die bedeutendste Versammlung war die der Fuhrleute, welche den Beginn des Streiks auf den 15. Dezember festsetzten. Auch die Müller zeigten Geneigtheit, sich dem Streik anzuschließen. Eine Gruppe von organisierten Wäscherinnen und Plätterinnen sprachen sich gleichfalls für den Streik aus und erklärten, nur erst dann die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn die andren Korporationen Genugthuung erlangt hätten. Das Syndikat der Maurer erklärte sich aber gegen den Generalstreik als Mittel der revolutionären Aktion. Für die oben genannten Organisationen blieb es bei den Beschlüssen, zur Ausführung kam es nicht.

Inzwischen faßte eine Versammlung der streikenden Seeleute folgenden Beschluß:

„In Anbetracht dessen, daß das Komitee für den Generalstreik eine Frist von drei Tagen (für die bessere Organisation desselben) verlangt, erklären die streikenden Seeleute, daß sie, wenn sich nach Ablauf dieser Frist nicht alle Korporationen der Bewegung des Generalstreiks angeschlossen haben, sie ihre anfänglichen Forderungen wieder aufnehmen und für dieselben bis zur vollständigen Genugthuung eintreten werden.

Trotz der oben erwähnten Beschlüsse mehrerer Korporationen war die Arbeit auf den Quais und in den Docks usw. am 15. Dezember eine ziemlich allgemeine; ebenso war es bei den Fuhrleuten und Frachtfuhrleuten. Selbst ein Teil der streikenden Seeleute war zu ihren Schiffen zurückgekehrt, so daß eine Anzahl Dampfer mit ihrer früheren Besatzung den Hafens verlassen konnten.

Die Hafenarbeiter vom nahen Toulon sprachen sich in ihrer Versammlung nicht für den Streik aus; nur verlangten sie die Zurückziehung der Truppen, eine größere Energie der Regierung gegen die Rheder und die Freilassung der Verhafteten, und zwar namentlich die des Sekretärs Rivelli. Als Unterstützung sandte man die Summe von 50 Fr.

Am gleichen Tage (15. Dezember) nahmen die Streikenden in ihrer Versammlung eine sehr lange Resolution an, in welcher sie ihren Kampf gegen die Rheder rechtfertigten, die Nationalisten abschüttelten und sich entschieden gegen alle Manöver der Reaktion aussprachen, welche sich hinter den Rhedern versteckten; zu gleicher Zeit betonten sie ihr unerschütterliches Festhalten an der Regierung der Republik und ihren Entschluß, ihre Forderungen auf gesetzlichem und ökonomischem Boden zu verwirklichen.

Das Syndikat der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen beschloß, sich nicht am Streik zu beteiligen und 25 Cent. (20 Pf.) per Tag und Mitglied an die Streikkasse abzuführen.

Das Komitee der Syndikats-Union von Marseille erließ eine lange Erklärung, in welcher versucht wurde, die Bewegung für den allgemeinen Generalstreik zu rechtfertigen; zum Schluß rief das Komitee selbst an, die Arbeit überall wieder aufzunehmen, da der Kampf jetzt ein vergeblicher sei.

Am 16. Dezember nahm schon ein großer Teil der Streikenden die Arbeit auf, und zwar zu den Bedingungen des Kontraktes vom 21. August 1900.

In der Versammlung vom nächsten Tage wurde eine Resolution vorgeschlagen, in welcher auf die erste Ursache des Streiks, die Verletzung des Kontraktes von 1900 seitens der Schiffscompagnien, hingewiesen wird, sowie auf das Anerbieten derselben, die Bemannungen auf Grund dieses Kontraktes wieder einzustellen. Dann wurde das Vertrauen in das Versprechen der Regierung ausgedrückt, in Bälde einen Gesetzentwurf zur Annahme im Parlament einzubringen, durch welchen die Bemannungszahl festgesetzt und die Arbeit auf Deck geregelt werden solle. Die Wiederaufnahme der Arbeit wurde für den nächsten Tag beschlossen. Für den Fall indes, heißt es am Schluß der Resolution, daß dieser Entwurf nicht bald Gesetz werden sollte, sind die Seeleute entschlossen, den Streik von neuem zu beginnen. Die Resolution fand lebhaften Widerspruch, wurde aber schließlich doch angenommen. Das Streikkomitee unternahm dann die nötigen Schritte, um die Freilassung ihres Kameraden Rivelli zu erwirken, welcher, wie der Nationalist Castellan, unter der Anklage stand, zum Totschlage aufgefördert zu haben. Die sozialistische Kammerfraktion hatte sich ebenfalls hierfür verwandt. Am 18. Dezember, abends,

erfolgte im Interesse der Beruhigung die vorläufige Freilassung von Rivelli.

Auch nahm das Komitee mit dem Admiral Rouvier Rücksprache über die Situation. Derselbe erklärte sich bereit, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die Durchführung des Kontraktes von 1900 wirken zu wollen; indessen erklärte er auch, daß die vom Komitee verlangten Verhandlungen zwecks Gegenzeichnung des Kontraktes von 1900 durch den Präsekten, den Admiral, den Bürgermeister von Marseille sowie den Vertretern beider Parteien bei der jetzigen Sachlage unmöglich wären.

Am 18. Dezember fand die letzte Versammlung der Streikenden statt; etwa 1500 derselben waren anwesend (sonst 4000 bis 6000). Auf Vorschlag des Präsidenten Vando wurde die Rückkehr zur Arbeit gegen 8 Stimmen beschlossen.

Die Versammlung nahm dann noch Stellung zum Kongreß der Seeleute, welcher in Valde in Havre stattfinden sollte; es wurde beschlossen, im Interesse der größeren Beteiligung die Abhaltung desselben in einer Stadt des Centrums zu verlangen. Auch soll hierfür ein neues Referendum unter den Mitgliedern eröffnet werden, und zwar mit Bezug auf die Fragen der Regelung der Arbeitsstunden und der Bemannungszahl sowie der Beseitigung der Versorgungskasse.

Paris.

P. T r a p p.

### Der Massenaufstand in Rostow.

Während sich die Regierung noch lang und breit überlegt, ob sie den russischen Arbeitern das Koalitionsrecht gewähren soll, nehmen sich die Arbeiter selbst das Recht und fragen keinen zarischen Teufel darum, ob es ihm gefällt oder nicht.

Machte sich in der letzten Zeit gewisse Abflauung in dem wirtschaftlichen Ringen der russischen Arbeiter bemerkbar, so war kein Grund zu denken, daß die russischen Arbeiter den wirtschaftlichen Kampf aufgeben wollten. Die Arbeitsmarktverhältnisse waren dazu nicht angethan, die Lust an wirtschaftlichen Kämpfen zu wecken, man begnügte sich mit kleineren Zusammenstößen und legte vor allem größeren Wert auf die Aufklärungs- und Organisationsarbeit. Und daß sich in dieser Beziehung auch unter dem Knutenregime erfreuliche Erfolge zeitigen lassen, dafür liefert den besten Beweis der große Streik, der in den Eisenbahnwerkstätten in Rostow am Don losbrach. Die Aufklärungsarbeit ist hier neueren Datums und um so höher muß deswegen die gute disciplinierte Haltung der Arbeiter angeschlagen werden, die sie während des Streiks zu Tage gelegt haben. Der Streik der Textilarbeiter in Petersburg zählte bis 40 000 Teilnehmer, dieser nur etwa 10 000, aber in Bezug auf das geschlossene Aufmarschieren und die innere Stärke übertrifft der Rostower Streik den Petersburger bei weitem.

Die Ausstandsbewegungen der Arbeiter um die Mitte der achtziger Jahre haben die russische Sozialgesetzgebung eingeleitet. Der Petersburger Streik brachte Rußland im Juli 1897 das Gesetz des 11<sup>1/2</sup>-stündigen Arbeitstages, und nach diesen Erfahrungen wird wohl kaum ein Zweifel bestehen können, daß auch die jetzige gewaltige Aufwallung der Rostower Arbeiter gesetzgeberische Maßnahmen nach sich ziehen wird. Es darf ja gewiß der zarischen Arbeitergesetzgebung kein größeres Gewicht beigelegt werden, denn trotz der Gesetze über die Beschäftigung der Kinder in Fabriken und trotz der Bestimmungen über die Einschränkung der Frauenarbeit, erleben wir in Rußland tagtäglich die schrecklichsten Ungeheuerlichkeiten in der Kinder- und Frauenbeschäftigung. Was den Erregungsständen der Arbeiterausstände in dem Zarenreich eine besondere Bedeutung verleiht, das

Charakters. Eine handelte auch über die Rolle der Armee in der kapitalistischen Gesellschaft. Das Meeting wurde mit dem Massenruf geschlossen: „Hoch die politische Freiheit! Hoch das Koalitionsrecht, das Versammlungs- und Vereinsrecht!“

24. November: In der Stadt ist die Bekanntmachung des Atamans verbreitet, die jede Ansammlung und das Tragen von Waffen verbietet. Die Führer der Versammlungen werde man verhaften und gegen die Menge mit Waffen einschreiten. An diesem Tage fand auch eine Konferenz des Atamans mit der Eisenbahnverwaltung statt. Der Direktor war einverstanden, die Forderungen der Arbeiter, ausgenommen die Forderung des neunstündigen Arbeitstages, zu bewilligen. Der Ataman war aber dagegen. „Ich werde sie mit der Knute zur Arbeit treiben!“ schrie er. Die Behörden beschloßen auf der Konferenz, vor keine Mittel der Niederwerfung zurückzuschrecken. Die Gewaltthaten ließen dann auch nicht lange auf sich warten. „Die Kosaken überfielen einen kleinen Haufen Frauen, die sich zu der Versammlung begeben wollten. Sie verteidigten sich heroisch und nahmen den Kosaken vier Lanzen ab. Kaum hatte sich auf dem Versammlungsplatz eine kleine Menge Arbeiter versammelt, als auch diese überfallen wurden. Die Streikenden versuchten dasselbe Manöver wie am 21. November, sie setzten sich alle hin; die Kosaken stürzten aber über sie her, man ritt über die sitzenden Menschen schonungslos hinweg. Die Arbeiter griffen nun zur Abwehr. Es gelang mit Steinen den Angriff zurückzuschlagen, wobei drei Kosaken in die Schlucht hinabgeworfen wurden. Man beschloß nicht zu weichen. Es erschien nun auch Militär. Die Menge nahm einige Bäume auseinander, Dächer wurden abgerissen, man brach Bäume ab und trug auf die Häuser große Steinhaufen zusammen. Die Menge entriß den Kosaken die Lanzen und zerbrach sie. Die Reiter wurden von den Pferden gezogen und ihnen die Lanzen, Knuten und Flinten abgenommen. Sechsmal griffen die Kosaken die Menge an und sechsmal wurden sie mit starken Verlusten zurückgeschlagen. Die Pferde der Kosaken wurden von dem Steinregen, der von den Häusern kam, in die Flucht gejagt. Endlich zogen sich die Kosaken ganz zurück. Auf beiden Seiten viele Verwundete; eine Frau ist gräßlich mit der Lanze gestochen.“ Ein anderer Augenzeuge beschreibt den von dem Ataman organisierten Kosakenüberfall folgendermaßen: Als ich die Anhöhe hinaufging, ahnte ich etwas Böses: auf der einen Seite der Anhöhe standen Kosaken zu Fuß, die andre Seite war frei und die Gendarmen baten uns, wir möchten dorthin gehen. Viele meinten gleich, daß hier eine Falle gestellt ist. Plötzlich vernahmen wir herzzerreißendes Schreien aus Hunderten von Kehlen. Wir liefen von der Anhöhe hinunter und befanden uns auf der Straße. Die Kosaken schlugen mit ihren Knuten nach links und rechts; die Menschen flohen in wahnsinniger Angst. . . . Ich sah furchtbare Szenen. Eine hat sich besonders in mein Gedächtnis eingepreßt: drei Kosaken mit ihrem Vorgesetzten stürzten sich auf eine Frau. . . .“ Es war aber nicht gelungen, die Versammelten auseinander zu treiben, und das Meeting dauerte bis 2 Uhr nachmittags. Als die Versammlung schon aus und auf dem Platz nur noch wenige Arbeiter waren, gab das Militär plötzlich und ohne vorhergehende Warnung eine Salve ab und 6 Tote und 12 Schwerverwundete blieben auf der Stelle. „Die Nachricht von diesem Schurkenstreich regte die Stadt furchtbar auf. Die Straßen füllten sich mit Menschen, die offen ihre Empörung zum Ausdruck brachten. Ueberall standen und streiften Kosaken-Patrouillen umher. Die Behörden hatten in der Nacht eine Broschüre des Generals Bogdanowitsch,

der dem Volk verschiedene plumpe Märchen über die Arbeiterfreundlichkeit des Absolutismus erzählt, und worin die Arbeiter aufgefordert werden, sich um den Thron zu scharen, drucken und verbreiten lassen. Man zerriß öffentlich die Broschüre und riß auch die Proklamationen von den Anschlagssäulen herunter.

Am 25. November zogen alle bewaffnet zu der Versammlung. Alle erwarteten ein furchtbares Blutbad. In der Nacht waren aus Jekaterinoslaw 2000 Soldaten und die Kuban-Kosaken angekommen (4 Geschütze standen zum Auffahren bereit). . . . Das Militär versperre den Zugang zu der Lemernitz-Vorstadt, alle Straßen waren mit Militär besetzt. Die Arbeiter aber fanden einen Weg zu dem Versammlungsort: über den Fluß. Die Versammlung war auch heute eine gewaltige, Laufende von Arbeitern hörten revolutionäre politische Reden an.“

27. November: Wiederum Versammlung. „Das wirtschaftliche Leben der Stadt liegt denieder. Die Magazininhaver bitten den Ataman, er möge die Arbeiter beruhigen; die Fabrikanten bestehen auf Niederwerfung. Täglich erscheinen 1500—2000 Proklamationen. Die Druckerei ist nicht im stande in der Nacht mehr zu verfertigen. In den Versammlungen magt man keine Verhaftungen vorzunehmen, dagegen wird auf der Straße ein jeder, der verdächtig erscheint, festgenommen.“

Die Ereignisse fanden Widerhall auch in den Werkstätten auf der Eisenbahnstation Tichorezk; auch hier kam es zu Zusammenstößen.

Einige Forderungen der Streikenden sind bewilligt worden. Die Gefängnisse sind überfüllt. Eine Untersuchung ist eingeleitet und alle Ausichten vorhanden, daß die Angeklagten zur Aburteilung vor ein Kriegsgericht kommen.

W.

## Aus Unternehmungskreisen.

### Die Organisation der Arbeitgeber in Schweden.

In einer Versammlung in Malmö wurde am 9. Dezember der „Allgemeine Arbeitgeberverein“ konstituiert, der seit längerer Zeit geplant war. Der wohlthätliche Zweck dieser Unternehmer-Organisation ist die gewaltsame Unterdrückung der gewerkschaftlichen Arbeiter-Organisationen. Wie wir schon früher mitgeteilt, sind die Mittel zu diesem Zweck eine Art „Versicherung“ gegen „Angriffe“ der Arbeiter, in erster Linie zu nennen; dann kommen verpflichtende „Verträge“, das sind schwarze Listen, wonach „lästige“ Arbeiter brotlos gemacht werden, also auf die Landstraße geworfen werden sollen, dem Hunger, Elend und schließlich dem Verbrechen preisgegeben, weil sie dem König Kapital nicht unwiderrufen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft überlassen. Ferner werden die rühmlichst bekannten „Sicherheitsreverse“ eingeführt werden, nach welchem Arbeitgeber, die solchen Verträgen in irgend einer Weise untreu geworden sind, eine bestimmte Summe Geld hierfür durch einen im Voraus ausgestellten Schuldschein an die Kasse der Organisation zu zahlen verpflichtet sind. Und als besonders „wirksamen“ Mittel werden schließlich allgemeine Aussperrungen in Angriff genommen werden.

Nach dem von dem Sekretär, dem Architekten Bolkund, erstatteten Bericht, sind bis dahin 218 Anmeldungen von Unternehmern eingelaufen, betreffend Mitgliedschaft, die einen Tagierungsbetrag von circa 3 000 000 Kronen repräsentieren. Als Sitz der Organisation wurde Malmö bestimmt und als Vorsitzender der Schokoladenfabrikant Cloetta in Malmö gewählt, sowie der oben erwähnte Bolkund als Sekretär und Vertrauensmann.

ist die Thatsache, daß auch der papierne Erfolg eine Abbröckelung der Regierungsautorität und somit auch der Regierungsmacht einleitet. Die Arbeiter gewinnen die Ueberzeugung, daß die Regierung nicht ein heiliges Unanrührbares ist, daß dieselben Silber- und Goldbetrehten, die jedem einzelnen von ihnen als die Verkörperung einer Gottesmacht erscheinen, dem geschlossenen Vorgehen Beachtung schenken müssen. Die Regierung erscheint dem Arbeiter in realer, in nüchternen Beleuchtung und statt des Hermelins, den man nur ehrfurchtsvoll mit Sklavenlippen berühren darf, sieht er das Alltagsgewand des Krämers, mit dem man dinge kann.

Je mehr die Arbeiter sich zu solchem Vorgehen wie im Jahre 1896 und jetzt aufraffen, um so mehr sieht sich die Regierung auch gezwungen, ihr draconisches Niedertütelungs-System bei Streiks abzuschwächen. Die Denkschrift, die an dieser Stelle seiner Zeit besprochen wurde, führt ja bekanntlich denselben Gedanken aus, und wie in Erfahrung gebracht worden ist, hat die Regierung bereits Schritte eingeleitet, die das Verhalten der Polizei bei Ausständen gewissen einschränkenden Bestimmungen unterwirft. An die Aufhebung der jetzt gesetzlich bestehenden Paragraphen über die Verfolgung von Streiks will man nicht gehen; die Polizei soll geheim instruiert werden, in welchen Fällen sie von ihrer bisherigen Praxis lassen soll. Man will ja auch ein wenig nachgeben, aber niemand soll es wissen, das ist ja die alte Taktik des Absolutismus. Zu unterschätzen ist auch nicht der unmittelbare Erfolg, den die russischen Arbeiter in Bezug auf das Benehmen der Unternehmer gegenüber den Arbeitern bei jedem, auch dem kleinsten Streik erringen. Darüber liegen zahlreiche Zeugnisse vor, die Arbeiter lassen oft die materiellen Erfolge außer acht, wenn es ihnen nur gelingt, sich gewisse Achtung zu verschaffen, und das geringschätzende, herabschauende Betragen zu brechen. Diesen Erfolg konstatieren die Arbeiter nach jedem Streik. Vor allem unter diesen Gesichtspunkten wollen die Streiks in ihrem jetzigen Stadium in Rußland betrachtet sein. Ihr Erfolg ist in erster Linie politischer Natur und führt meist nur mittelbar zu praktischen Berufserfolgen. Der fruchtbringende Einfluß, den die Vorgänge in der Textilarbeiterschaft im Sommer 1896 und Frühjahr 1897 auf die ganze freiheitliche Bewegung der russischen Arbeiter hatten, lassen es begreifen, daß man in den industriellen Centren den Geschehnissen in Rostow mit der größten Aufmerksamkeit gefolgt ist. Auch die Regierung ist auf den Füßen, um zum Ueberfluß der Welt noch einmal zu zeigen, wie wenig die Arbeiter dem Polizeisozialismus, den die Gendarmerie in verschiedenen Städten spielen läßt, trauen dürfen. Der Streik wird den Regierungslockungen die Maske abreißen, denn trasser wie er, kann wohl kaum etwas anderes zeigen, daß, wenn die Arbeiter wirklich vorwärts kommen wollen, ihnen nichts übrig bleibt, als mit dem jetzigen Regime gründlich aufzuräumen. Der Rostower Streik wird neben der gewaltigen Massenbewegung in Petersburg in der Geschichte der Arbeiterbewegung in Rußland als ein bleibendes Denkmal in der revolutionären Kräfteentfaltung des unter dem zarischen Joch schmachtenden Proletariats sein. Wir glauben, daß ihm deswegen auch größeres Interesse im Auslande entgegengebracht wird. Der Gang des Streiks ist der folgende. Der Ausstand war vorbereitet und begann am 17. November, so teilt das sozialdemokratische Comité in Rostow mit. Am 10 Uhr war die Arbeit verlassen und man versammelte sich auf dem Fabrikhof, wo die Proklamation des Comitées verlesen und kurze Reden zu den einzelnen Forderungen gehalten wurden. Die hauptsächlichsten Forderungen waren: neunstündiger

Arbeitstag, freier Sonnabendnachmittag, 20—50 Prozent Lohnerhöhung, Beseitigung ungerechter Fabrikbußen, Entlassung schlechter Meister, freie Schule für die Kinder der Arbeiter u. a. „Die Behörden sind über das vernünftige Verhalten der Arbeiter bestürzt; man hört kein Schimpfen, es werden auch keine Fenster eingeworfen.“

Am 18. November gesellten sich zu den Streikenden auch die Arbeiter des Lokomotiven-Depots, am 19. November die Arbeiter der Fabrik Pastuchow u. a. In den Eisenbahnwerkstätten versammelten sich jeden Tag mehrere Tausend Personen; Gebildete und Arbeiter halten Reden. „In allen Fabriken starke Cürung.“

Am 19. November fand ein grandioses Meeting auf dem Hof der Eisenbahnwerkstätten statt; es waren bis 3000 Personen beisammen. Unbeachtet der anwesenden verkleideten und unverkleideten Gendarmen und des Gendarmen-Obersten Artemjew u. a., wurden Reden gehalten, die von großem Beifall begleitet wurden.

Am 20. November Versammlung um 12 Uhr mittags. Der Zustrom zu der Versammlung ist ein noch größerer. Das Comité hat seine Geheimdruckerei in Thätigkeit gesetzt. Es ist eine Proklamation an die jungen Soldaten erschienen.

21. November: Die Arbeit ist auch in der Eisen-gießerei Panins niedergelegt; auch die Bäcker streiken. Heute haben sich außerhalb der Stadt nicht weniger als 10 000 Arbeiter versammelt. Der Redner, ein Arbeiter, ermahnt in seiner Rede zur Einigkeit und Nichtnachgeben; die Menge antwortet mit Beifall. Die Polizei und Gendarmerie läßt die Redner unbehindert sprechen. . . . Eine Weile später zeigten sich in der Nähe Kosaken, die Gendarmen mischten sich in die Menge. Der Redner bat nun um Auskunft, was ihr Begehren sei. Darauf erschien der Gendarmerie-Oberst und las den Arbeitern die telegraphische Antwort des Ministers der Kommunikation, Chilkow, vor, die abweisend lautete. Die Menge aber erklärte einmütig, sie gehe an die Arbeit nicht. Der Oberst gab nun den Befehl, auseinander zu gehen. Denselben Befehl wiederholte auch der Ataman (Gouverneur). Hierauf der Redner: „Meine Herren, fürchten wir uns vor dem Ataman?“ „Nein!“ antwortete die Menge. Der Redner: „Wollen wir seinem Befehl gehorchen?“ „Nein!“ antworteten tausende von Stimmen. „Nun, so wollen wir unsere Unterhaltung fortsetzen.“ Die Kosaken sollten nun die Versammelten mit Gewalt auseinander treiben, diese setzten sich aber alle in einem Augenblick hin und die Kosaken wußten nicht, was zu machen; der Befehl wurde nicht ausgeführt. In der Mitte der Versammlung hoben einige Arbeiter den Redner auf ihre Schulter und dieser wandte sich mit einigen Worten auch an die Kosaken. Es wurde mitgeteilt, daß weitere Versammlungen nicht mehr geduldet werden sollen.

Am 22. November war der Versammlungsplatz mit Kosaken besetzt. Die Streikenden versammelten sich aber in der Nähe desselben und als man sich überzeugt hatte, daß es nicht wenige waren, da ließ man die Abhaltung der Versammlung zu. Ein Pristaw teilte mit, daß der Ataman eine Deputation der Arbeiter zu sprechen wünsche. Die Abgeordneten wurden auch gewählt, der Ataman empfing sie mit Grobheiten, und die „Verhandlung“ zerbrach sich. Der Einschüchterungsversuch hatte die Abgeordneten kalt gelassen.

23. November: Der Ataman hat eine Versammlung zur Entgegennahme des Berichts der Abgeordneten einzuberufen gestattet. Die Zahl der Versammelten betrug 25—30 000. Die Reden waren wie an den vorhergehenden Tagen scharfen politischen

Es ist kaum anzunehmen, daß diese Organisation des ausgeprägtesten Klassenegoismus von allzu großer Bedeutung werden wird. Es werden selbstverständlich einige Feuerproben seitens der organisierten Arbeiter zu bestehen sein, die aber, soweit das Handwerk in Betracht kommt, mit dem geschäftlichen Ruin einer Reihe von weniger kapitalsträchtigen Arbeitgeberenden werden, ähnlich so, wie es mit den Bäckermeistern in Gothenburg im letzten Sommer ging, und zwar infolge der Sicherheitsreverte. Im Prinzip allerdings, sind die verschiedenen Berufsgruppen der Arbeitgeberorganisation mit den Zielen und den Kampfmitteln der neugegründeten Zentralisation einverstanden, das wurde in der konstituierenden Versammlung konstatiert, und daran zweifeln auch wir nicht. Aber da wurde auch konstatiert, daß der Anschluß bisher als ein sehr geringer zu bezeichnen ist, und wir glauben voraussetzen zu können, daß er auch in der Zukunft gering bleiben wird. Das Großkapital allerdings, wird sich in dem neuen „Verein“ zusammenfinden, das Handwerk indessen wird aus ganz natürlichen Existenzrücksichten sich den Sicherheitsreverten und übrigen existenzbedrohenden Verträgen fernhalten müssen, will es nicht als ein Opfer des Unternehmer-Terrorismus zu Grunde gehen. Einen Beweis in dieser Richtung hat schon die am 3. und 4. Dezember in Stockholm tagende Jahresversammlung der schwedischen Bäckermeister gegeben, in welcher selbst der erzkonservative und von Arbeiterfeindlichkeit strotzende Vertrauensmann der Bäckermeisterorganisation, Dr. Wallgren, das „Versicherungsprinzip“ als nicht zweckentsprechend bezeichnete. Der Mann hat eben in Gothenburg Gelegenheit gehabt, einige Erfahrungen zu machen.

Dagegen nahm diese Jahresversammlung eine Resolution an, worin die in Örebro gefaßten Beschlüsse (siehe „Correspondenzblatt“ N. 35, 1902), als Richtschnur zu nehmen seien. Danach ist die Organisation der Unternehmer in zwei Linien zu teilen, der eine Flügel zur Wahrnehmung der Interessen industriepolitischer Natur (lies: Zuchtthaus-gesetze usw. gegen die Arbeiter), der andre Flügel zur Förderung der übrigen Arbeitgeberinteressen. Daß jede dieser „Linien“ selbständige Verwaltungen und Vorstände haben, wird zur Voraussetzung gemacht.

Nun, der Arbeiterklasse kann es so ziemlich einerlei sein, ob das Malmöertrem maßgebend wird für die Unternehmerorganisation, oder ob das mehr diplomatische Örebrosystemchen die Oberhand erhält: Kampf wird es jedenfalls geben, und schließlich wäre da dies erstgenannte Organisationsprinzip der Unternehmer für die Arbeiter noch das Beste, weil dadurch die Unternehmer sich selbst zu Grunde richten. Aber, so oder so: „Und hätte er sich auch nicht dem Teufel übergeben. Er müsse doch zu Grunde gehen!“

Erif Brunte.

**Der Zentral-Verband deutscher Industrieller** hat mit seiner Beitragsammlung für die Herausgabe der in 8 Millionen Exemplaren zu verbreitenden Schmähschrift des freisinnigen Agitators Bürger so schlechte Erfahrungen gemacht, daß Herr Bued eine zweite Aufforderung erlassen mußte. Die industriellen Millionäre und Kommerzienräte haben also nicht einmal ein paar lumpige Tausendmarkscheine für den großen patriotischen Zweck übrig. Wahrscheinlich haben sie von den ersten nutzlos geopfert 12000 Mark genug.

**Dem neugegründeten Arbeitgeber-Schutzverband der deutschen Tischlermeister** sollen bis jetzt 26 Städte mit 800 Arbeitgebern und 20000 Arbeitern beigetreten sein. Organ des Verbandes ist die in Berlin erscheinende Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen Deutschlands.

## Hygiene- und Arbeiterschutz.

### Erlaß gegen die Anwendung des weißen Phosphors und des Bleiweiß in Belgien.

Wir erwähnten schon vor Monaten im „Correspondenzblatt“, daß die belgische Regierung durch das Gesetz vom 2. Juli 1899 ermächtigt wurde, Maßnahmen zu verordnen, welche geeignet sind, die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten in allen industriellen und Handelsunternehmungen, deren Betrieb Gefahren mit sich bringt, auch wenn diese Unternehmungen nicht im Verzeichnis der klassierten Betriebe nach dem Gesetz von 1863 enthalten sind.

Von dieser Ermächtigung hat das Arbeitsministerium Gebrauch gemacht und zwei Erlasse dem König zur Unterschrift unterbreitet, dessen wesentliche Bestimmungen wir hier wiedergeben. — Der erste Erlaß bezieht sich auf die Nekrose: Alle Arbeiter, welche in Werkstätten beschäftigt sind, in denen man mit weißem Phosphor, phosphorisiertem Brei (pâte) oder Schwefelholzern usw. manipuliert, werden allmonatlich von einem Arzt besichtigt, der von dem Arbeitsministerium genehmigt ist.

Die Kosten hierfür werden von dem Ministerium bestimmt und fallen dem Fabrikanten zur Last.

Die Arbeiter, welche von der Phosphornekrose (phosphorisme) befallen sind, müssen aus diesen Werkstätten definitiv ausgeschlossen werden.

Die Arbeiter, welche unerschlossene Zahnkaries haben; die, welche Symptome von Entzündungen des Zahnfleisches oder der Mundschleimhaut aufweisen; die, deren Gesundheitszustand im Moment der Besichtigung ein schlechter ist, sind zeitweise aus diesen Werkstätten auszuschließen.

Der Arzt hat die bei seinen monatlichen Besichtigungen gemachten Konstatierungen in ein spezielles Register einzutragen.

Der Fabrikant hat dieses Register den Agenten der Autorität auf jedes Verlangen vorzulegen.

Der zweite Erlaß bezieht sich auf die Anwendung des Bleiweißes. Alle Arbeiter, welche bei der Fabrication von Bleikompositionen beschäftigt sind, werden monatlich von einem von dem Ministerium genehmigten Arzt untersucht.

Die Kosten dieser Untersuchungen fallen den Interessenten zur Last.

Definitiv sind solche Arbeiten auszuschließen, welche die Arbeiter einer Vergiftung aussetzen, die von chronischer Bleivergiftung befallen sind oder rückfällige Symptome einer zugespitzten Intoxikation aufweisen. Zeitweise auszuschließen sind die Arbeiter, deren allgemeiner Gesundheitszustand ein schlechter ist im Moment der Untersuchung.

Ein Spezialregister, dessen Muster von dem Ministerium geliefert wird, ist zu führen, in welches der Arzt die bei den monatlichen Untersuchungen gemachten Konstatierungen einzutragen hat.

Dieses Register ist den Agenten der Autorität auf Verlangen stets vorzulegen.

Diese Erlasse zeigen immerhin den guten Willen. Ob sie aber diese Mißstände dadurch beseitigen, indem sie die kranken Arbeiter auf das Pflaster werfen, ist sehr fraglich. Eine radikale Remedur kann nur geschaffen werden, wenn die Anwendung des Phosphors und des Bleiweißes vollständig verboten wird.

Brüssel.

Chagrin.

## Gewerbegerichtliches.

Zur Einführung der Proportionalwahl beim Gewerbegericht hat der Stadtrat in Karlsruhe eine Vorlage ausgearbeitet und sie dem Gewerbegericht zur Begutachtung überwiesen.

**Wahlen.** Bei den Arbeitnehmer-Wahlen in München erhielten die Gewerkschaften 9747 Stimmen gegenüber 1948 christlichen Stimmen. Nach diesem Stimmenverhältnis entfallen auf die Gewerkschaften 50, auf die Christlichen 10 Weisiger. Auch in München haben schließlich die Arbeitgeber die Rechnung des Proportional-Wahlsystems zu tragen. — Bei den ersten Wahlen zum neu errichteten Gewerbegericht in Leipzig-Land wurden die Gewerkschaftsvertreter mit 3901 Stimmen gewählt; für die Arbeitgeberliste wurden überhaupt nur 18 Stimmen aufgebracht. — In Rudolstadt wurden die Gewerkschaftskandidaten ohne Gegenliste mit 285 Stimmen gewählt. — In Witten siegten die Gewerkschaften mit 198 gegen 156 christliche Stimmen. — Die Wahlen zu den Berg-Gewerbegerichten im Ruhrgebiet brachten den Bergarbeiter-Verband eine Reihe glänzender Siege, dem christlichen Gewerbeverein aber empfindliche Niederlagen. Vom Bergarbeiter-Verband wurden 56 Vertreter mit 13 107 Stimmen gewählt. Der christliche Gewerbeverein setzte 36 Kandidaten mit 7661 Stimmen durch, die Zechenpartei erhielt 9 Vertreter mit 2069, und die Polen 1 mit 862 Stimmen. Draftischer als durch diese Zahlen kann das Brüsseler Märchen von seiner größten Bergarbeiter-Organisation schwerlich ad absurdum geführt werden. Lügen haben kurze Beine!

## Polizei und Justiz.

In der Taff-Bale-Streitfrage, deren Bedeutung für die gesamte englische Gewerkschaftsbewegung von uns mehrfach hervorgehoben war, ist es jetzt zu einem für die Vereinigung der Eisenbahnangestellten nachteiligen Entschiede gekommen. Diese Gewerkschaft wurde zum Schadenersatz für den 11 Tage währenden Streik in Höhe von 28 000 Pfund Sterling (560 000 Mk.) verurteilt. Der Richter schloß sich einem Aussprüche an, den Lord Lindley zur Charakterisierung des Widerstands dieser neueren Rechtspraxis gegen die Gewerkschaften gethan hatte: „Es sei unmöglich, ohne die Gesetze zu übertreten, einen Streik wirksam durchzuführen.“ Daraus drehte der Richter aber gerade der Gewerkschaft den Strick, indem er weiter ausführte: „Eine Trade Union kann nach wie vor ihre Mitglieder zum Streik auffordern, und sie kann nach wie vor ihre Streiklisten aufstellen. Sie kann aber nicht zu etwas Rechtswidrigem, z. B. zu einem Kontraktbrüche auffordern, und die Streikposten dürfen nicht zu gesetzwidrigem Zwange oder zu Gewaltthätigkeiten übergehen — ohne daß die betreffende Trade Union oder der betreffende Trade Union-Verband für allen Schaden, den die Arbeitgeber dabei erleiden, mit seinem Vermögen haftbar wird.“ — Der Prozeß ist noch nicht endgültig entschieden, doch ist die Aufhebung des Urteils durch das Haus der Lords kaum zu erwarten. Wir kommen auf diesen wichtigen Prozeß ausführlicher zurück.

Dem Arbeiter-Gesellschaftshause in Köln wurde von der Polizei die Wirtschaftskonzession vor-enthalten, obwohl in dem Gebäude seit 93 Jahren Wirtschaft betrieben worden ist. Im Verwaltungsstreitverfahren wurden, wie wir dem „Corr.“ entnehmen, die Einwände der Polizei als nichtig erklärt. — Wir werden auf dieses wichtige Urteil für die Gewerkschaften nach Vorliegen seines Wortlautes näher eingehen.

## Kartelle und Sekretariate.

Die Errichtung eines Arbeiterssekretariats in Leipzig betreffend, beschloß das Leipziger Gewerkschaftskartell am 5. Dezember nach einer Vortrage des Genossen M. Segitz = Nürnberg: „Die Monatsversammlung des Leipziger Gewerkschaftskartells erkennt die Notwendigkeit eines Arbeiterssekretariats im Prinzip an und erwartet von den Gewerkschaften, daß sie in kürzester Zeit zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen.“

**Proteste gegen den Krupp-Terrorismus.** In Magdeburg und Breslau haben aus Anlaß der schamlosen Huldigungs- = Erpressungen öffentliche Protestversammlungen der Arbeiterschaft stattgefunden. In ersterer Stadt beschloßen die ca. 1500 Versammelten einstimmig folgende Resolution: „Die Versammlung verurteilt auf das schärfste den Gewissenszwang und die Behandlung, die den Arbeitern des Krupp-Grusonwerkes in den letzten Wochen zu teil geworden ist. Sie protestiert vor allem gegen die Entlassung zweier Kollegen, welche fast ein Menschenleben im Dienste der Firma Krupp standen und nun in ihren alten Tagen auf die Straße geworfen wurden, weil sie nicht an sich selbst zum Lügner, dem Kaiser gegenüber zum Heuchler werden wollten. Die Versammlung bezeichnet die Ausführungen der „Magdeburgischen Zeitung“ im Anschluß an die Adresse der Arbeiter des Krupp-Grusonwerkes als eine Unverschämtheit, weil sie wider besseres Wissen niedergeschrieben worden sind. Die Arbeiterschaft Magdeburgs muß es ablehnen, Lehren von einem Blatte anzunehmen, das sonst die berechtigtesten Interessen der Arbeiter mit Hohn und Spott überschüttet. Die Versammlung kennt den Zweck der von den bürgerlichen Parteien ausgehenden Heze gegen die Vertreter der Arbeiter, der dahin geht, die Augen des Volkes abzulenken von dem neuesten Attentat auf das Wohl der Arbeiterklasse, und hält es für ihre Ehrenpflicht, in Zukunft noch mehr die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung zu unterstützen, als dies bisher geschehen ist. Die einzige richtige Antwort auf diese Maßnahmen muß der Anschluß sämtlicher Kollegen des Krupp-Werkes an die Organisation sein. Diese wird zu geeigneter Zeit den Schlag abwehren, der jetzt gegen die Arbeiterschaft geführt worden ist.“

Verichtend zu unfrem Leitartikel in Nr. 51 wird uns mitgeteilt, daß nicht alle Arbeiter, die die Unterzeichnung der Krupp-Adresse abgelehnt hatten, gemahregelt wurden, sondern nur zwei, allerdings gerade zwei der Ältesten und Geachtetsten der Arbeiterschaft.

## Genossenschaftliches.

### Genossenschaften und Gewerkschaften.

Gelegentlich des am 1. und 2. November d. J. in Amiens (Nordfrankreich) stattgehabten Kongresses der sozialistischen Genossenschaften, hielt der Vorsitzende der dortigen Konsum-Genossenschaft „Union d'Amiens“ eine Ansprache, deren wichtigste Punkte, die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften betreffend, seitens der Gewerkschaften ernsthafteste Beachtung verdienen. Man mag über die von den Genossen in Amiens befolgte Taktik gewisse Bedenken hegen — wie dem auch sei, konstituiert diese Rede in Anbetracht der Thatfachen und Erfahrungen, worauf sie sich stützt, ein interessantes Dokument.

„Unsre Genossenschaft,“ führte der Genosse Bartel aus, ist eine der ersten, die die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung in glücklicher Weise



zu verbinden wuzte. Unsere „Union“, in der That, ist durchweg geleitet von den Arbeitergewerkschaften des Orts, sie ist meines Wissens die erste, die in ihren Statuten festgelegt hat, daß jeder, der Mitglied werden will, verpflichtet ist, gewerkschaftlich organisiert zu sein. Allerdings konnten wir anfangs diese Verpflichtung nicht so streng durchführen; seit vier Jahren aber haben wir sie strikte angewendet. Und im Moment, wo die Delegierten der Arbeiter-Genossenschaften Frankreichs hier versammelt sind, ist es vielleicht nicht unnütz, zu sagen, welche Beweggründe die oben genannte Taktik veranlaßt haben, und welche Resultate sie gezeitigt.

Wenn die sich entwickelnde Gewerkschafts-Organisation ihre Anfangsstadien überwunden, wenn sie beginnt eine wirkende Kraft zu werden, macht sich die Notwendigkeit fühlbar, den Gewerkschaftsmitgliedern größere und greifbarere Vorteile zu bieten, als die Streikunterstützung. Um die Indifferenten, die Unwissenden zu gewinnen und zu halten, hat man Unterstützungsstellen für Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit usw. gegründet; jedoch die Schaffung jedes weiteren Unterstützungszweiges brachte für die Organisierten stets neue Opfer mit sich. Es galt somit das schwierigere Problem zu lösen, das darin besteht, neue Unterstützungszweige zu schaffen, die den Organisierten unmittelbare Vorteile bieten, ohne ihnen zu schwere Opfer aufzuerlegen. Das Problem schien unlösbar. Es hat genügt, das Wort „Konsumgenossenschaftliche Organisation“ unter die Arbeiter zu schleudern, als auch alsbald sich ein Ausweg aufthat. In der That, es leuchtete sofort ein, daß die Konsum-Genossenschaft, durch die Vorteile, die sie ihren Mitgliedern verschafft, die Opfer der organisierten Arbeiter erleichtern kann; sie konnte sogar daran gehen, gewisse Unterstützungszweige (Krankheit und Arbeitslosigkeit z. B.) in ihren Bereich zu nehmen.

Noch eine andere Betrachtung hat die Gewerkschaften von Amiens geleitet: aus Erfahrung wußten sie, daß der Kapitalist dem Arbeiter knapp nur so viel läßt, als zum Leben unumgänglich nötig ist; sie haben verstanden, daß die Vorteile, die die Konsum-Genossenschaft gewährt, von den Unternehmern in Form von Lohnreduktionen schnell wieder ausgeglichen würden — deshalb beschlossen sie, mit allen ihren Kräften die junge Konsum-Genossenschaft zu unterstützen unter der Bedingung bezw. mit der Absicht, daß im Notfalle die erstarrte Genossenschaft den Gewerkschaften, die die Aufgabe haben, die eroberten Positionen zu schützen und der kapitalistischen Profitgier einen Damm entgegenzusetzen, unter die Arme greifen sollte.

Und heute können wir sagen, daß Genossenschaft und Gewerkschaften in lokaler Weise diesen Pakt gehalten haben.

Bei uns sind die Gewerkschafter gleichzeitig auch Genossenschafter und umgekehrt; unsere Organisationen unterstützen sich gegenseitig und wir können sagen, daß wir das — in Frankreich leider sehr seltene — Glück haben, hier am Orte einmütig zu sein und treu zusammenzuhalten.

Unsre Gewerkschaften bei ihrem Zusammengehen mit der Genossenschaft hatten außerdem noch andre Zwecke im Auge: sehr oft kam und kommt es vor, daß Genossen, die sich in der Arbeiterbewegung hervorthun, den Verfolgungen und Schikanen seitens der Arbeitgeber ausgesetzt sind, oder daß Gewerkschaften sich nicht lebensfähig zeigen oder zurückgehen, weil gewisse Genossen fürchten, sich durch ihr öffentliches Auftreten Unannehmlichkeiten zuzuziehen. Diesen Mißständen kann die Genossenschaft abhelfen und, — hoffen wir, — wird es immer mehr können, indem sie bewährten Kräften Unterkunft und Aus-

kommen gewährt, und ihnen erlaubt, nebenher den gewerkschaftlichen Kampf weiter zu führen.

Unter diesen Umständen war es uns möglich, ein Personal zusammenzubringen, daß mit dem Verwaltungsrat dieselben Ideen und Aspirationen teilt. So ist z. B. unser erster Geschäftsführer zugleich Vorsitzender der Buchdrucker-Gewerkschaft, unser Buchhalter Sekretär des Handlungsgehilfen-Vereins („employés“ eigentlich „Angestellte“. Der Uebersetzer); wir haben außerdem unter unserm Personal den Sekretär der Textilarbeiter, der Schriftsetzer, der Färber usw.

Die Angestellten unserer „Union“ sind somit unsre Mitarbeiter, denn wir wissen sehr wohl, daß es nicht genügt, Verwalter zu werden, um zugleich auch die nötigen Fähigkeiten zu diesem Amte zu haben. Ja, wir betrachten sie mit Recht und so sehr als unsre Mitarbeiter, daß wir sie mit der Propaganda in der umliegenden Gegend beauftragen und ich kann Sie versichern, Genossen, daß wir in dieser Beziehung nichts zu bereuen haben.“

Soweit unser französischer Genosse. Es ist kaum nötig, hinzuzufügen, daß es für uns in Deutschland aus verschiedenen Gründen nicht angängig ist, die genossenschaftliche Organisation mit der gewerkschaftlichen (und gar politischen) zu verquicken. Dies hindert uns aber keineswegs, in jeder dieser Organisationen getrennt unsre Pflicht zu thun — fintelmalen verschiedene Wege nach Rom führen!

Paris.

E. M u s s c h l e r.

## Andere Organisationen.

### Richtigstellung.

In unserer Notiz über den „Verband deutscher Gehilfen- und Arbeitervereinigungen in Oesterreich“ haben sich leider eine Reihe von Irrtümern in bezug auf die Zahlenangaben eingeschlichen, die wir hiermit richtig stellen. Es soll richtig heißen, daß ein Verein nicht mehr als Kr. 10,80 (Mk. 9,18) an Beiträgen geleistet hat; das ergibt pro Mitglied im Jahre Verbandsbeitrag von 6,6 Hellern (5,3 Pf.). Für Unterstützungszwecke wurden insgesamt ausgezahlt Kr. 2063 (Mk. 1763). Aus der Arbeitslosenliste wurden im ganzen verflossenen Jahr Kr. 10, — (Mk. 8,49) ausbezahlt.

Der **Allgemeine deutsche Gärtnerverein**, dessen Leitung bekanntlich halb neutral und halb christlich-sozial, d. h. stöckerisch ist, ist in mehrfache Konflikte mit den Arbeitgebern geraten, indem diese Mitglieder des genannten Verbandes mahrgelitten, so neulich in Krefeld und jetzt wieder in Plauen. Diese Gewalttakte der Unternehmer beweisen, daß ihnen auch die farbloseste und selbst milderste Gewerkschaft verhaßt ist, sobald sie überhaupt die Verbesserung der Lage der Arbeiter erstrebt. Die Herren machen nicht den Unterschied zwischen königstreuen und sozialdemokratischen Arbeitern, der sich in den Köpfen mancher Arbeiterzersplitterer festsetzt. Das muß den Gärtnerarbeitern aber auch zur Lehre dienen, daß sie den Gärtnervereinigern eine einheitlich organisierte Arbeiterschaft gegenüberstellen.

Das **Berliner nichtsozialdemokratische Arbeiterkartell** Behrendtscher Führung hatte die diesmaligen Gewerbegerichtswahlen verschlafen und will nun das nächste Mal zeitiger auf dem Posten sein, um den Gewerkschaften das Feld streitig zu machen. Wahrscheinlich scheuten die guten Leute die Blamage, mit einigen Hundert Stimmen bei der Wahl aufzumarschieren. Das nächste Mal aber wird das Kartell längst in den ewigen Schlaf hinübergeschlummert sein.